Nr. 57
INTERIM
Wöchentliches Berlin-Info
15. Juni 1989
Infoladen
Koburger Str. 3 . 04277 Leipzig
Telefon (0341) 3 02 65 04
www.nadir.org/infoladen_leipzig
auswärts
2,50 DM
2 DM
Wir sind des Geyers schwarzer Haufen, heija, ho, ho! Wir
woll'n mit Pfaff und Adel raufen, heija, ho ho! Spieß voran!
Drauf und dran! Setzt auf's Klosterdach den ro-ten Hahn!
»Hallelujah
Hallelujah
Hallelujah
lujah«
sog'i!!
Kein
TÜTET

VORWORT

Eigentlich hätten wir diese Ausgabe gerne INTERSINNLICH oder INTERSINGSANG genannt. Das war aber aus technischen Gründen nicht möglich.
Vielen ist sicherlich das breiige "hallelujah"-Gesäusel vom Kirchentag noch in guter Erinnerung. Die Aktion gegen die rechtsradikale "Internationale Gesellschaft für Menschenrechte" IGFM war wahrscheinlich eine der seltenen Gelegenheiten auf dem Kirchentag, wo der Adrenalinspiegel der frommen Gesellschaft mal kurzfristig nach oben ging. Flugis oder andere papiere zu und von der Aktion gibt es nicht. Das nachbereitungstreffen hat ergeben: ein voller Erfolg !
Auch das Soliknastkonzert vom Sonntag in Tegel und die beiden Spontandemos zum Ingrid-Strobl-Urteil am Freitag und Samstag am Breidscheidplatz sind nur durch Fotos in diesem Heft vertreten.

Zwei Nachbemerkungen zum letzten Heft. Toll finden wir das natürlich auch nicht, daß es zu den Ereignissen in China nichts anderes in der INTERIM gibt als die etwas albernen Einsprengsel in der "Reportage" von der Frauendemo zur "Marianne". Wir hätten ne Menge Fragen zu den Kämpfen der STudentInnen dort, die jetzt anscheinend auch ideologisch plattgewalzt werden, Kampf um mehr "Demokratisierung" Schaumgummi-Freiheitsstatue auf der einen Seite, autonome und antiautoritäre Ausrichtung der Kämpfe auf der anderen Seite. Leider gibt es keine Antworten aus außer dem Gewäsch in den bürgerlichen Medien.

Der "Gintzel-Report", den wir in der letzten Ausgabe auszugsweise abgedruckt haben, ist nicht der Gintzel-Report sondern der Hausbericht der Berliner Bullen, davon hat uns einE aufmerksameR LeserIn überzeugt, der/die uns den richtigen Gintzel-Report noch mal zugeschickt hat. Wir sind noch beim Studium. Vielleicht kommt nächte Woche nochmal was daraus.

Die 1.Mai-Diskussionen nehmen kein Ende. Inzwischen sind es die Diskussionen über die Diskussionen. Zwei Vertreter des Aktionsbündisses, Veranstalter des Lauseplatzfestes(?) reagieren sehr erbost aufr die Anmache von Thomas Ebermann (Grüne) gegenüber dem Bündnis in einem Konkret-Artikel zum 1.Mai: Ebermann informiere sich nur aus der taz, glaube alles, was dadrin steht und brät den Betroffenen aufgrund dieser (Falsch-)Infos eins rüber. Ob da die Kritisierten nur einfach zurückzuhauen versuchen oder ob sie Ebermann dabei erwischt haben, wie er auf die plumpe Tour sein linksradikales Image aufzupolieren versucht, können wir aus den Infos so nicht erkennen. Zum besseren Verständnis haben wir den Ebermann -Artikel noch mal nachgedruckt.

Das Flugblatt, das die RASTLOS zum 1.Mai gemacht haben, haben wir nicht ins Heft übernommen. Es wiederholt die inzwischen mehrfach verbreiteten Einschätzungen, faßt sie dabei gut zusammen, richtet sich aber eindeutig an eine andere leserInnenschaft als die der INTERIM. Wer dazu beitragen will, es zu verbreiten: es hängt im Ordner im Kopierladen. Ebenfalls im Ordner hängt ein Flugis, das bei der Weddinger Anti-Rep-Aktion vom Montag vor einer Woche verteilt wurde (Bericht im Heft) und eine Grußadresse des Intern-Zentrums, Mahlowerstr. an die GenossInnen in China. Beides richtet sich ganz offensichtlich an andere AdressatInnen als die leserInnen dieser zeitung.

Als viertes und letztes diese Woche im Ordner: Die Einladungsbroschüre zur internationalen Frauenwoche vom 5. bis 11. Juli in Amsterdam. Die Themenschwerpunkte der einzelnen Tage sind darin ausführlich berschrieben. Hier nur die wichtigsten Informationen in Kürze: Die Woche findet als Zeltlager in Ruigoord, 15 Km von Amsterdam entfernt statt.Sie kostet mit Essen und Unkostenbeteiligung etwa 90 Gulden. Die Themen der Woche sind - Frauenhandel und Sextourismus / Bevölkerungspolitik und Reproduktionstechnologien / Lesbenkampf / Frauen in der Psychiatrie / Frauen im Knast / Nachbesprechung der Woche. Erwartet werden ca. 600 Frauen aus dem meisten westeuropäischen Ländern. Eine Anmeldeadresse ist leider nicht dabei. Falls eine Frau die kennt, möchte sie sie uns doch bitte mitteilen, wir veröffentlichen sie dann nächste Woche.
Ach so: Nächstn Sonntag ist **ALLIIERTE MILITÄRPARADE" !!**

INTERIM
GNEISENAUSTR. 2a
1000 BERLIN 61

IMPRESSUM
V.i.S.d.P.: Charlotte Schulz
Eigendruck im Selbstverlag



In der Nr.136 vom Mai 89, wurde eine neue Anschrift in Amsterdam als Kontakt für die radikal genannt. Die Bullen haben die meiste Post gekrallt, also tausender Kohle, Briefe, Papiere. Welche mit ihrer Nummer unterschrieben haben wie üblich, und keinen oder falschen Absender verwendet haben, bleiben anonym. Die Bullen können die Nummern nicht entschlüsseln.

Als erstes wollen wir diese Warnung möglichst weit verbreiten, damit keineR mehr die Amsterdamer Adresse benutzt. Als nächstes werden wir überlegen, was getan werden kann. Bis dahin sind Kontakte über legale Adressen nicht möglich, aber es gibt begrenzt andere Möglichkeiten. Demnächst wird eine ausführliche Stellungnahme zu der Geschichte der radikal veröffentlicht. Alles weitere wird sich zeigen.

Kurz zum Hintergrund der Bullenaktion:
1984 wurde die Redaktion der radikal kriminalisiert. In einem Schauprozeß verurteilten sie zwei angebliche Herausgeber zu je 2 1/2 Jahren Knast nach 129a. Seitdem können die Redaktionen die Zeitung nur illegal weitermachen, da wir zum verbotenen Inhalt stehen, und die radi unabhängig von der politischen Repression bestimmen.
1986 fanden 119 Razzien in Buchläden und Wohnungen in der ganzen BRD und Westberlin statt. 192 Leute bekamen den 129a zu spüren, weil sie die Nr.132 verteilt haben sollen. So kriminaliserten sie den öffentlichen Vertrieb. Seitdem wird die radi mit autonomen Strukturen bundesweit verteilt, im Bewußtsein, daß auch diese Handlung illegal organisiert werden muß. Eine Zeitung die nicht verteilt und gelesen wird, macht keinen Sinn.
1989 greifen sie sich als Vorgeschmack auf das vereinte Europa der Bullen und Profite die Auslandsadresse der radi, den Draht der illegalen Struktur zur legalen Basis. Was das bedeutet, kann sich jedeR vorstellen. Die Illegalität ist notwendig, um unsere Themen, Meinungen und Positionen austauschen und verbreiten zu können, um radikalen Widerstand auch jenseits der Repressionsschere voranzutreiben.
Sie ist keine duftende Blume oder Abenteuer.
Wir wollen kein Organ einiger Gruppen, sondern die Breite und Vielfalt des Widerstandes in allen Regionen und Städten. Dieses Selbstverständnis und Ziel ist durch die Bullenaktion gegen die Kontaktadresse gefährdet. Somit ist das Projekt 'radikal' gefährdet, das können wir offen sagen, denn die Schweine wissen es.

Die Repression gegen die radi, wie auch gegen den Widerstand in vielen Fällen, funktioniert nach zwei Prinzipien:
- der Schlag wird mit den mindesten Mitteln geführt, um das Wesen der Repression soweit möglich bedeckt zu halten, damit Solidarität und Radikalität nicht provoziert werden.
- es muß mit hoher Wahrscheinlichkeit erwartet werden können, daß der Schlag zum Erfolg führt (das Problem sich erledigt), um der Eskalation auf fortgeschritteneren Ebenen vorzubeugen.

Sie kriegen die Redaktionen nicht, und sie haben es auch nicht geschafft, die Verteilung der radi bis in die Provinz und ins Ausland zu unterbinden. Auf die jeweiligen Schläge ist entsprechend die genauere Organisierung gefolgt, wodurch die alten Methoden nicht nochmal erfolgversprechend angewendet werden können. allerdings haben diese entwicklungen bei uns Monate und Jahre gedauert, und es schien oft aussichtslos. Es ist deshalb logisch und konsequent, daß sie jetzt auf den letzten und offensichtlichsten Punkt losgehen, an dem sie die radikal als Zeitung empfindlich treffen können. Wir werden sehen, ob es eine Perspektive gibt, sie auch diesmal ins Lerre laufen zu lassen.
Es kann auch jetzt Monate oder Jahre dauern.

Wir wissen noch nicht genau, was los ist und abgehen wird. Aber wenn etwas eskaliert, setzen wir die praktische Unterstützung voraus, die uns über die Jahre in vielen Briefen und Worten erreicht hat. Wenn etwas neues probiert wird, müssen viele mitdenken und mitmachen.

Wir wollen noch immer gewinnen! Das geht nicht allein!



Alle die nach Amsterdam geschrieben haben bitten wir, jetzt ein Gedächtnisprotokoll eures Briefes zu machen. Wenn ihr den eigenen Namen verwendet habt und Bullen euch belästigen, geht zu einem korrekten politischen Anwalt, informiert euch, diskutiert mit GenossInnen und veröffentlicht das. Laßt euch nicht einschüchtern, haltet nicht still! Macht keine Aussagen!
Welche dies Flugi erhalten, bitten wir, es so schnell wie möglich in euren Zeitungen zu veröffentlichen, bzw. hängt es auf, vervielfältigt es und gebt den Inhalt an eure FreundInnen weiter. Es geht darum, daß überall Leute gewarnt werden, damit die Bullen keinen einzigen Brief mehr kriegen!

venceremos!

radikal-Redaktionen, 10.6.89

WENN ICH SCHON NICHTS WEISS...

oder FRAGEN WIRD MAN DOCH DÜRFEN !

Die Absicht ist erkennbar. Der "radikale Linke" Ebermann versucht in "Straße Frei für die Polizei" (Konkret 6,1989) die Wende zu beschreiben, die eine sich dermaleinst als der politische Arm der Bewegungen verstanden habende Partei zur "staatstragenden Linken" vollzogen hat. "Rot-Grün wächst zusammen in staatlichen Krisenstäben, in denen geplant wird, wie der gemeinsame Feind dämonisiert, von Sympathisanten isoliert und letztlich zum Abschuß freigegeben wird. Die Alternativen leisten übersoll." Seine Perspektive ist: Die AL nimmt sich der inneren Sicherheit an! Das ist gut beobachtet und nachvollziebar.

Aber welcher Teufel den Ebermann geritten haben mag, aus dem fernen Hamburg und allein gestützt auf die dürftigste aller Quellen, (das ist freilich die TAZ), um über die Veranstalter des 1.Mai auf dem Lausitzer Platz herzufallen, "das lohnt (allerdings) einer genaue(n) Betrachtung": "Nach ein paar Wochen rosa-grüner Regierungs-"Verantwortung" spielten die Alternativen und ihre Regierungszeitung "TAZ" diesmal beim Kreuzberger 1.Mai schon die Hilfspolizei". Das mag ja so sein, aber die Veranstalter des Lauseplatz-Festes , das "Kreuzberger Aktionsbündnis gegen Faschismus, Rassismus und Frauenfeindlichkeit" politisch bei "Rot-Grün" zu verorten, die im Bündnis vertretenen Autonomen Gruppen, Gewerkschaften, Kommunisten, die AL-Kreuzberg, Jugendverbände,die VVN, Unorganisierte als die realen "Hilfspolizisten" zu denunzieren, das ist freilich ein Stück aus dem Tollhaus.
Der 1.Mai auf dem Lausitzer Platz also gibt Ebermann das Material für seine Untersuchung der alternativen Wende. Aber warum dann ausgerechnet die "Regierungszeitung" als einzige verläßliche und ungeprüfte Quelle erscheint, das ist schon nicht mehr nachvollziebar.
Denn seine Quellen sind allein zwei Artikel der Möchtegern-Regierungszeitung, besser: dem "ausgelagerten Volontariat" (Gremliza) der bürgerlichen Presse und das hochstaplerisch "Kreuzberger Manifest" genannte Elaborat der Volker Härtig, Werner Orlowski u.a., welches wiederum allein durch die Publizitat, die ihm die TAZ verschafft hat, kurzfristig das Licht der politischen öffentlichkeit erblickte um dann zu verschwinden zwischen den Aktendeckeln der Institutionen der geschäftsführenden Sozialverträglichkeit.

Der TAZ-Artikel vom 3.5.89, der Authentizität und Sachkenntnis suggerieren soll und, welche Ironie, diesen Eindruck erweckt durch die Schwammigkeit/Ungenauigkeit der Formulierungen, der Geschwätzigkeit als Ersatz für journalistische Sorgfalt, der Hemmungslosigkeit beim Lügen, diese TAZ-Schmiere wird noch übertroffen durch den daran geknüPften Katalog an Suggestivfragen des "Radikalen Linken".

Zur Sache: "Nach dem 1.Mai erfahren wir einiges über die hektische Geschäftigkeit, die in den Wochen zuvor geherrscht haben muß. Die "taz" berichtet von den "vielen Gesprächen, die es vor dem ersten Mai zwischen den Veranstaltern (des Straßenfestes am Lausitzer Platz) und der Polizei gegeben hatte." Das stand tatsachlich so in der TAZ, aber wenn's in der TAZ steht, heißt doch noch lange nicht, daß die TAZ "berichtet", das heißt allein, daß die Brigitte Fehrle, die den Artikel zusammengeschmiert hat, diese Gespräche selbst erfunden hat.

Doch Ebermann geht noch weit über die Dichtung der Fehrle hinaus:

"Wer viele Gespräche (wie viele wohl?) führt, muß viel zu besprechen gehabt haben. Muß sich auf zahlreiche Details verständigen wollen, muß ein "gemeinsames Problem" gegen eine "gemeinsamen Feind" lösen wollen. Muß sich wechselseitig Zusagen "abringen". Muß "Vertraulichkeit" vereinbaren."

Das ist infam und eine Steigerung ist schwer vorstellbar! Die Veranstalter des traditionellen 1.Mai-Festes auf dem Lausitzer Platz ziehen mit der Polizei am selben Ende des politischen Strickes?

Es hat zwischen dem Veranstalter des 1. Mai-Festes auf dem Lauseplatz und der Polizei ein einziges Gespräch und zwar im Rahmen der Anmeldeprozedur gegeben! Bemerkenswert an diesem Gespräch war allein, daß nicht wie '88 Polizeidirektor Döring und Landespolizeidirektor Kittlaus Gesprächspartner waren, sondern Polizeioberrat Hinzke (Dir. 5 Abschnitt 53) als "Verantwortlicher für alle Polizeieinsätze in Kreuzberg" (Hinzke) das Gespräch führte.

"Polizei, so hatten es Einsatzleiter und Veranstalter verabredet, sollte weder bei der Demonstration noch beim Fest in Kreuzberg sichtbar postiert werden."

Als ob die Fehrle/Ebermann nicht wüßten, daß es seit Jahren zu den Kreuzberger Gebräuchen, ja den Guten Sitten gehört, eine Bannmeile für Uniformierte zu fordern/ durchzusetzen.

"(...)"Auch für die erwarteten Hausbesetzungen war man sich einig geworden. Geräumt werden sollte erst am 2. Mai und nur mit möglichst geringem Polizeiaufgebot..." Das ist undementiert und darf als wahr unterstellt werden." Nein, das darf nicht als wahr unterstellt werden, das bedeutet lediglich, daß eine mit der TAZ-Redaktion verabredete Stellungnahme der Vorbereitungsgruppe des 1. Mai in der TAZ nicht abgedruckt wurde und sonst bedeutet es gar nichts!
Auf keinen Fall bedeutet es, daß das Bündnis den Vertretern der Vorbereitungsgruppe, die das Gespräch mit der Polizei führten, ein Mandat für derlei "Verhandlungen" erteilt hätten.
Bei diesem Gespräch wurden auch nicht die "erwarteten Hausbesetzungen" erörtert. Und nicht gesprochen wurde über die "revolutionäre 1.Mai-Demo", deren Veranstalter im übrigen nicht, wie behauptet, identisch mit den Fest-Veranstaltern sind.
"Nebenbei formulierten die Veranstalter nicht nur ihren Anspruch auf den Ablauf ihrer Demo und ihres Straßenfestes, sondern Hegemonie über alles, was im ganzen Stadtteil läuft: Anspruch auf einen ruhigen, friedlichen 1. Mai in ganz Kreuzberg! Ist es absurd zu spekulieren, über was noch Einigkeit erzielt wurde? Unter welchen Bedingungen hielten die Verhandler den Einsatz von Tränengas für legitim? Wann ist der Einsatz von Wasserwerfern angebracht?"

Da kann man eigentlich nur mit Ebermann selbst sagen:"Jede noch so böswillige Assoziation scheint erlaubt" nach dem Motto: Wenn ich schon nichts weiß, fragen werd'ich wohl dürfen?

Übrigens, zur AL Kreuzberg sei gesagt, daß die Veranstaltung: "Gegen die Zerstörung des Bezirks" nicht von der AL Kreuzberg sondern von der Gesamt-AL und zwar hinter dem Rücken der Kreuzberger durchgeführt wurde. Das Makabre an der Sache ist ja, daß ein Mitglied des Geschäftsführenden Ausschusses der Kreuzberger AL (zugleich Mitglied in der Vorbereitungsgruppe des 1. Mai auf dem Lauseplatz) bei den Unterzeichnern angefragt hat, ob über die Interna dieses Coup etwas bekannt sei.

Es gibt auch keine "avantgardistische Stellungnahme" der VVN, (ebenfalls mit einem Delegierten in der Vorbereitungsgruppe vertreten) was leicht telephonisch hätte nachgeprüft werden können, wenn schon die 200 m zwischen der Wohnung der Frau Fehrle und dem "Arbeitslosenladen", in dem die Vorbereitungsgruppe Quartier bezogen hatte, als unzumutbare Distanz erscheinen...

Hätten die Fehrle/Ebermann die Veranstalter gefragt, die hätten sagen können, was sie schon früher gesagt haben:

Wenn über diesen Ausbruch blinder Wut und Hasses, den wir am 1. Mai erlebt haben, zu sprechen ist, dann nicht innerhalb der Ideologie des Gewalt-Diskurses, sondern wir haben zu sprechen über die realen Gewalt-VERHÄLTNISSE, gesellschaftliche Verhältnisse, die "in letzter Instanz" auf Gewalt gegründet sind und Gewalt produzieren.
Wir folgen auch nicht der platten Aufforderung nach "Distanzierung" von den Akteuren dieses 1. Mai, die Aus/Eingrenzung "sozialer Randgrup-

pen" hat die bürgerliche Gesellschaft längst selbst besorgt und sie tut es fortwährend und in allen Sektoren. "Soziale Randgruppen", "2/3-Gesellschaft" seien genannt als verräterische Indikatoren aus der Sozialarbeitersprache.

Wir folgen nicht der Aufforderung, uns auf das schlüpfrige Terrain der Ideologie des herrschenden Gewalt-Diskurses zu begeben, der die wirklichen Gewalt-Verhältnisse dieser Gesellschaft aus dem Blickfeld rückt und dem erbärmlichen, feigen Sich-Davon-Stehlen der geschäftsführenden Sozialverträglichkeit noch die Form der moralischen Instanz einer "inneren Haltung" gibt. Auf dem Spiel steht: die Organisation politischer Handlungsfähigkeit. Anders ausgedrückt:
"Innere Emigration" oder Teilnahme an dem Projekt, "...alle Verhältnisse umzustürzen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist...", um mal einen heutzutage wenig gelesenen Landsmann zu zitieren. (MEW, Bd. 1, 385).
"Wir aber nehmen diesen Ausbruch einer (politisch) blinden Wut und des Hasses, den wir am 1. Mai erlebt haben, der das Fest auf dem Lausitzer Platz zu seinem logistischen Hinterland instrumentalisiert hat, der gerichtet war nicht nur gegen Sex-Shops, auch gegen Läden und die Fahrzeuge der Nachbarn, (die Deutsche Bank und der Mercedes-Stern haben mal wieder keinen Kratzer davongetragen) sehr ernst als Bewußtseins- und Ausdrucksform derjenigen, denen unsere Gesellschaft keine Perspektive zur Entfaltung eines menschenwürdigen Lebens zu bieten vermag. Es gibt keinen Grund für die politische Linke, sich von etwas anderem zu distanzieren, als von den (Gewalt-) Verhältnissen, die Voraussetzung dieser gegen sich selbst gerichteten Aggression sind. Und niemand von uns, läßt sich für diese Schmierenkomödie, die die Geprellten der 2/3 Gesellschaft auch noch dafür verantwortlich macht. Eingrenzen-Ausgrenzen-Ausmerzen wird die Forderung der politischen Nutznießer von Rechts sein, für die die "Linke" auch noch das Terrain planieren soll.

Allerdings haben wir zu fragen: Wem nutzt das ? Die Frage ist rhetorisch, denn die Linke hat eine Niederlage eingesteckt an diesem 1. Mai. Und niemand aus dem gesamten Spektrum der Linken wagt zu behaupten, wir wüßten um eine gesellschaftliche Alternative(...)"



Straße frei für die Polizei!

THOMAS EBERMANN

Wie schnell das geht: Noch 1987 wußte die oppositionelle Westberliner AL ganz genau, warum am 1. Mai in Kreuzberg die Scheiben klirrten. Nach ein paar Wochen rosa-grüner Regierungs-»Verantwortung« spielten die Alternativen und ihre Regierungszeitung »TAZ« diesmal beim Kreuzberger 1. Mai schon die Hilfspolizei

Eine Prognose erweist sich als falsch: Die Erwartung, die rot-grüne Regierung Berlins samt ihrer sie tragenden Vereine und Milieus geräte in Zerreißproben, wenn in den Straßen Kämpfe toben, ist blamiert.

Das Gegenteil ist richtig: »An diesem 1. Mai wird Rot-Grün wachsen« (»taz« 3.5.). Die regierungstreue Linke hat endlich wieder Aufgaben für sich entdeckt, nach den emotional wenig befriedigenden Versöhnungen mit Alliierten, Wirtschaft und Staat ist endlich ein Feind erwachsen, in dessen Bekämpfung man sich voll reinknien kann: die »Kreuzberger Randalierer«. Rot-Grün wächst zusammen in staatlichen Krisenstäben, in denen geplant wird, wie der gemeinsame Feind dämonisiert, von Sympathisanten isoliert und letztlich zum Abschuß freigegeben wird. Die Alternativen leisten Übersoll. Vielleicht weil ihre sozialdemokratischen Freunde ihnen plausibel machen können, daß die Polizei bezweifelt, die jetzige Regierung habe wirklich die bessere Methode, in Kreuzberg und der ganzen Stadt für Ruhe und Ordnung zu sorgen. Wahrscheinlich ist das jedoch nicht der Hauptgrund. Wahrscheinlich ist es grundehrlicher Haß auf diejenigen, die die Zufriedenheit der alternativen Regierungen nicht teilen, weil sich an ihrer Lage nichts geändert hat. Grundehrlicher Haß, weil man sich und die gerade erst gewonnene Stellung als Regierungspartei gefährdet sieht, und nur noch fähig ist, jede politische und soziale Revolte unter diesem Aspekt einzuordnen. Die regierungstreue Linke Berlins hat die legitime Kritik an (einzelnen) Aktionsformen, wie sie von Autonomen mitgeprägt werden, eingestellt zugunsten pauschaler Diffamierung. Das lohnt eine genaue Betrachtung.

Geräumt wird erst am 2. Mai

Nach dem 1. Mai erfahren wir einiges über die hektische Geschäftigkeit, die in den Wochen zuvor geherrscht haben muß. Die »taz« (3.5.) berichtet von den »vielen Gesprächen, die es vor dem ersten Mai zwischen den Veranstaltern (des Straßenfestes am Lausitzer Platz) und der Polizei gegeben hatte.« Wer viele Gespräche (wie viele wohl?) führt, muß viel zu besprechen gehabt haben. Muß sich auf zahlreiche Details verständigen wollen, muß ein »gemeinsames Problem« gegen einen »gemeinsamen Feind« lösen wollen. Muß sich wechselseitig Zusagen »abringen«. Muß »Vertraulichkeit« vereinbaren. Die größte aller Selbstverständlichkeiten solcher »vielen Gespräche« muß sein, Revolte im Viertel zu verhindern, friedlichen Verlauf zu gewährleisten. Im sicheren Gefühl, daß die Kritik dieser Zielsetzung in den letzten Jahren schwächer geworden ist (es galt vor einigen Jahren noch als skandalös, daß der rechteste Rand der Anti-AKW-Bewegung mit der Polizei diese Zwecksetzung diskutierte) plaudert die »taz« ein kleines Detail der getroffenen Vereinbarungen aus: »Polizei, so hatten es Einsatzleiter und Veranstalter verabredet, sollte weder bei der Demonstration noch beim Fest in Kreuzberg sichtbar postiert werden. Auch für die erwarteten Hausbesetzungen war man sich einig geworden. Geräumt werden sollte erst (!!) am 2. Mai und nur mit möglichst geringem Polizeiaufgebot...« Das ist undementiert und darf als wahr unterstellt werden. Der Zeitpunkt und die Modalitäten polizeilicher Räumung besetzter Häuser werden von Veranstaltern eines linken Straßenfestes mit der Polizei ausgehandelt; gibt es da für eine Szene, über deren Behandlung Einigkeit erzielt wurde, keinen Grund, haßerfüllt und ignorant zu sein? Nebenbei formulierten die Veranstalter nicht nur ihren Anspruch auf den Ablauf ihrer Demo und ihres Straßenfestes, sondern Hegemonie über alles, was im ganzen Stadtteil läuft: Anspruch auf einen ruhigen, friedlichen 1. Mai in ganz Kreuzberg! Ist es absurd zu spekulieren, über was noch Einigkeit erzielt wurde? Unter welchen Bedingungen hielten die Verhandler den Einsatz von Tränengas für legitim? Wann ist der Einsatz von Wasserwerfern angebracht? Wie dürfen wir eigentlich die Formulierung »Vereinzelte (!) Vermummungen sollten kein Anlaß zum Eingreifen sein« (»taz« 3.5.) verstehen? Wann hört »vereinzelt« auf?

Jedenfalls ist leicht zu ahnen, wie die Enttäuschung über das Mißlingen des eigenen Plans für einen friedlichen 1. Mai umkippt in den Ruf nach mehr polizeilicher Härte. Avantgardistisch auf diesem Gebiet ist die Stellungnahme der »Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes« (VVN): »Allerdings fragen wir uns auch, warum die Polizei nicht schon bei den Ausschreitungen während der Demonstration eingegriffen hat, sondern erst auf dem Lausitzer Platz...« Das muß bei der empörenden Beschädigung eines Sex-Shops gewesen sein!

In der Nacht zum 2. Mai trafen sich als Großer Krisenstab u.a. Innensenator Pätzold, Bürgermeister Momper und die AL-Größen Ströbele und Wolf. Es kann nur noch um Feinheiten gegangen sein, die große Linie war vorher festgelegt worden. Beide Regierungsparteien sind seit dem 2. Mai durch eine zunächst absurd anmutende ideologische Konstruktion vereint: Die Kreuzberger Randale war zugleich nicht politisch *und* gegen die Berliner Regierung gerichtet!

Momper mochte »politischen Protest in den gestrigen Ausschreitungen nicht

erkennen«, vielmehr seien sie »der Ausbruch eines blindwütigen Hasses gegen den Staat und gegen den rot-grünen Senat« gewesen. Harald Wolf Bom Geschäftsführenden Ausschuß der AL diagnostizierte Aktionen, »die letztlich ohne politische Zielsetzung waren und wo Militanz zum reinen Selbstzweck geworden ist«, um im gleichen Atemzug von »gezielter politischer Provokation« zu sprechen. Der Kreuzberger AL-Abgeordnete Jesse hält das ganze »für einen ganz schlimmen Versuch, die Politikansätze von Rot-Grün zu zerstören...«

Die auffällige Widersprüchlichkeit hat einen tieferen Sinn. Wer den Kreuzberger Aktionen ihren politischen Charakter abspricht, macht ihre Akteure zu puren Kriminellen. Wo »Militanz zum reinen Selbstzweck« geworden ist, ist Strafgerichtsbarkeit gefragt. Und da es in der Bundesrepublik bekanntlich per staatlichem Definitionsmonopol keine politischen Gefangenen gibt, muß jeder politische Täter seines Motivs beraubt werden. Die Haltung Wolfs ist denkbar einfach: Was ihm nicht als akzeptabel erscheint, ist nicht politisch. Eine Straßenschlacht mit der Polizei ist nicht Ausdruck des Aufbegehrens gegen staatliche Repression und hierdurch zementierte soziale Ungerechtigkeit. Es gibt keinen Grund für Rebellion, also lohnt sich nicht die Auseinandersetzung mit den Akteuren, mit ihren richtigen und falschen Auffassungen und Aktionsformen. Wer den Grund für Rebellion nicht länger in der sozialen Wirklichkeit sucht, muß jede »Randale« unter dem Gesichtspunkt des Schadens oder Nutzens für die Regierung sehen. Das ist borniert, hat aber einen rationalen Kern. Die AL und ihr Milieu wären allzu gerne zum großen Schaulaufen durch die BRD angetreten, als Garant für sozialen Frieden in Berlin. Da wäre doch glatt die Frage aufgekommen, ob z.B. die GAL im Hamburger Senat nicht Garant sein könnte dafür, daß die Hafenstraße sich mit IKEA möbliert und ihre politischen Aktivitäten auf das Sammeln von Unrat am Elbstrand umpolt.

Ein Teil der Kreuzberger Szene hat sich undankbar gezeigt. Sie hat ein Angebot ausgeschlagen. Eine modifizierte Polizeitaktik sollte sie mit Wohlverhalten honorieren. Sie sollte den blöden Spruch »Ohne Bullen keine Krawalle« vorexerzieren. Der Spruch bedeutet, daß Randale nur losgehen darf, wenn uniformierte Beamte in Sichtweite sind und kräftig provoziert haben. Der Getränkemarkt, der schon am 1. Mai '87 und '88 geöffnet worden war, unter dem Beifall der damals noch nicht regierenden Alternativen, sollte verschont bleiben, weil die Beamten im Versteck hockten.

»Ohne Bullen keine Krawalle« — das ist so spießig wie »ohne Kontrolleure kein Schwarzfahren«, »ohne Überwachungskameras kein Ladendiebstahl«, »ohne Stempeluhr keine Unpünktlichkeit«, »ohne Gefängnismauern keine Flucht« oder pauschaler: »Ohne Ordner keine Unordnung«. In Wahrheit löscht kein unbewachter Getränkemarkt den Durst, und keine modifizierte Polizeitaktik sollte den begründeten Haß auf soziale Deklassierung und politische Unterdrückung mindern. Da alle Linken mal gewußt haben, daß soziale Deklassierung und Perspektivlosigkeit neben Lethargie und Resignation auch berechtigte Revolte hervorbringen, gerade auch Formen von Revolte, die grob, bisweilen wenig zielgerichtet und zügellos erscheinen, müssen AL und linke Regierungspresse (»taz«) geradezu übermächtige Anstrengungen unternehmen, sich von dieser schlichten Erkenntnis zu emanzipieren. Das geschieht durchaus explizit.

»Die Ursachen jetzt wieder in Armut, Arbeitslosigkeit und sozialer Deklassierung zu suchen, ist... formelhaft und zu kurz gegriffen« (»taz« 3.5.), weswegen man es bei der Feststellung belassen kann, der Krawall »war gewollt, gewünscht, gesucht« — was die Ursache geradezu tiefschürfend analysiert.

Auch der schon erwähnte Abgeordnete Jesse weiß: »Es war nicht der Aufschrei der sozial Schlechtergestellten, es war eindeutig der Versuch, die rot-grüne Koalition zu sprengen« — und das können bekanntlich nur Leute mit prallgefüllter Brieftasche wollen.



»Fiesta furiosa für Suffkis, Hirnis und Randalos« — Kommentar und Karikatur aus der halbamtlichen Regierungs-Tageszeitung vom 5. Mai 1989

Beliebt ist auch, sich demonstrativ dumm zu stellen: »Sie (die Gewalt) ging von Menschen aus, deren Motive wir nicht teilen oder nicht einmal kennen.« Um die wir uns ab jetzt einen Dreck scheren — wäre ehrlicher. »Es gibt für uns keinerlei Rechtfertigung dieser Gewalt, sie ist für uns auch nicht mehr verständlich«. (Beide Zitate entstammen dem »Kreuzberger Manifest«, für das gegenwärtig Unterschriften gesammelt werden — siehe weiter unten). Gerade das demonstrative Nicht-verstehen-wollen, die Ignoranz gegenüber Motiven und sozialer Lage, war bisher die Domäne konservativ-reaktionärer Politik. Es wird von »links« übernommen, sobald die Opfer kapitalistischer Wirklichkeit sich nicht als wehrlos und bemitleidenswert an die neue Regierung wenden, die ihnen zwar keine Veränderung ihrer Lebensverhältnisse, dafür aber umso mehr Verständnis für ihr trauriges Schicksal zugesagt hatte. Als die Konservativen noch regierten, war der AL das wichtigste noch »verständlich«:

»Wer sich verwundert zeigt über den 'Bürgerkrieg' in SO 36, ist entweder blind oder zynisch. Die soziale und kulturelle Verelendung und die politische Ausgrenzung gerade in diesem Kiez hätten schon viel früher zu solch einer Eskalation führen können. Die Massenarbeitslosigkeit trifft vor allem Jugendliche, ältere und ausländische Menschen und heißt oft genug Rausschmiß aus der Gesellschaft. Viele existieren gerade 'noch so' von einem Minimum an Sozialhilfe, von vielen als Almosen empfunden, und gefragt bei politischen Planungen und Entscheidungen werden sie schon gar nicht, ob es um Erhöhung von Kita-Gebühren oder Mieten, oder ob es um die Gestaltung ihres Wohngebietes geht. Was erwarten die politischen Verantwortlichen eigentlich von Menschen, die zu einem Leben ohne Hoffnung gezwungen sind, mit einem in glatt-lackiertem Wohlbehagen schwelgenden 750-Jahrealten Berlin vor Augen? Alles weist darauf hin, daß sich einmal diejenigen, die sonst immer zu kurz kommen, selber bedient haben, und daß die anfänglichen, in Kreuzberg fast üblichen kleineren Scharmützel nach dem 1. Mai-Fest eine Hemmschwelle bei Menschen niedergerissen haben, die sonst nur in Sprachlosigkeit verharren und nur das Ducken gelernt haben.« (Erklärung des AL-Delegiertenrates zum 1. Mai '87, als ungefähr das gleiche los war.)

Alle geschilderten Tatsachen beste-

Straße frei...

·hen zweifellos fort, außer daß Berlin jetzt 752 Jahre alt ist. Auch die Erwartungen der neuen »politischen Verantwortlichen« entsprechen denen der alten, wenn auch erst seit neuestem: »Der 1. Mai '87 hatte sehr viele Aspekte von sozialer Explosion. Dieses Mal war es eine politische Provokation« (Harald Wolf, AL-Sprecher).

Ist die Kreuzberger Revolte erst einmal ihrer sozialen Ursachen und sind die Akteure ihrer politischen Motive beraubt, brechen alle Dämme und es darf abgekotzt werden. Endlich darf man sagen, was man empfindet. Man sah eine »Fiesta furiosa für Suffkis, Hirnis und Randalos, die bei steigendem Hormonpegel mal wieder die Sau rauslassen mußten« (»taz« 5.5.). Untermenschen werden geschildert, in Begriffen, die bisher der »Bild«-Zeitung eigen waren, Karikaturen gezeichnet, die mit denen der »Welt« unbemerkt austauschbar wären. Elitäre intellektuelle Überheblichkeit darf abgelassen werden: »Wer im SFB den Originalton von Akteuren der Kreuzberger Nacht gehört hat, konnte den dichten Nebel in den Köpfen nicht übersehen.« Der Herr Zeitungsredakteur sah am Radio sitzend Nebel in den Köpfen! Aber wir wissen ja, was er meint: Geisteskranke.

In einem Leserbrief schreibt der liebe Holger: »Für mich ist der Zeitpunkt gekommen, diesen Mob endgültig auszugrenzen«, und hätte er ausmerzen geschrieben, wäre seine politische Heimat wenigstens offenkundig.

Jede noch so böswillige Assoziation scheint erlaubt. Eine »taz«-Journalistin sieht sich »erinnert an bourgeoise Festessen (!), wo das geleerte Champagnerglas an der Wand zerschellt«, weil junge Leute die erbeuteten Bierflaschen nicht austrinken, sondern halbvoll auf die Straße schmeißen. Das soll nicht nur all diejenigen wütend machen, die ihren Hausmüll brav getrennt sammeln und die leeren Flaschen in den Glascontainer tragen, sondern wohl auch den Übergang zum neuen Feindbild erleichtern, wo er doch die Eigenschaften alter Feinde hat. Die prassen ja schlimmer als ... wo wir doch alle gelernt haben, daß Mundraub nur bürgerlich legitimiert ist, wenn man Brot und Äpfel klaut, niemals Schampus und Lachs!

So maßlos die Dämonisierung der Kreuzberger Akteure, so bombastisch aufgeblasen die angeblichen Auswirkungen ihres Tuns. »Das Ergebnis sind Zerstörungen des Lebensraums Kreuzberg...« »Wir wollen verhindern, daß Kreuzberg nach (!) der Welle der spekulationsbedingten Zerstörung nun eine Welle politisch motivierter Zerstörung erlebt.« (Beides aus dem »Kreuzberger Manifest«, inzwischen von vielen Personen und Initiativen unterzeichnet.) Die »taz« spricht vom »Kaputtschlagen eines Stadtteils« und die AL Kreuzberg mobilisiert zu einer eilig einberufenen Veranstaltung unter dem Titel »Gegen die Zerstörung des Bezirks«.

Kaum eine Stellungnahme macht es darunter, und wüßte man nicht, daß der diesjährige Sachschaden ungefähr dem der letzten Mairandalen entspricht, man könnte glauben, halb Kreuzberg liegt in Schutt und Asche, die andere Hälfte müsse gerettet werden.

Alternative Polizeistrategen

Die Kreuzberger AL-Veranstaltung und das »Kreuzberger Manifest« sind zwei Produkte einer (im Krisenstab) offensichtlich besprochenen Konzertierten Aktion zwischen SPD und Alternativen, wobei der AL die Schmutzarbeit zufällt. Bereits am 2. Mai hatte der Innensenator die *Linke* aufgefordert, »sich zu den Ereignissen offensiv zu verhalten. Er regte ein 'Kiezplenum gegen Gewalt und für ein friedliches Zusammenleben in Kreuzberg' an«. »Gegen die Zerstörung des Bezirks« mag dem Innensenator damals noch zu verwegen erschienen sein.

Die AL übernimmt die vom Innensenator formulierte Aufgabenstellung am selben Tag. Ihr Sprecher Wolf fordert »klare Distanzierungen« ... »auch gerade der Teile der Linken, die dem rot-grünen Senat und der AL kritisch gegenüberstehen«. Im Stadtteil müßten Initiativen und die AL Kreuzberg »ein politisches Klima schaffen, das so etwas wie letzte Nacht nicht toleriert«. Weiter: »Wenn es Leute gibt, die es darauf anlegen, und wenn es gleichzeitig ein Potential von Leuten gibt, die aus unterschiedlichen Gründen — sei es als Zuschauer (!), sei es halb sympathisierend — daran teilnehmen, lassen sich derartige Dinge durch keine Polizeistrategie verhindern.«

»Die AL hat die innere Sicherheit zu ihrer ureigensten Aufgabe gemacht«

Da haben wir die eigentlich neue Qualität grün-alternativer Politik. Die AL hat die innere Sicherheit zu ihrer ureigensten Aufgabe gemacht. Polizeistrategie, so die richtige Erkenntnis, kann nur greifen, wenn die Träger der Revolte minimiert, vor allem aber jeder — auch der bloß zuschauenden — Sympathisantenschaft beraubt sind.

Mit »Deeskalieren« hat das alles absolut nichts mehr zu tun, denn sollte der Versuch auch nur halbwegs gelingen, den Bullen auch nur ein einziges Mal die dämonisierten »Randalierer« isoliert vor die Flinte zu führen, ganz ohne Halb-Sympathisanten und Zuschauer, dann wird gemetzelt werden wie nie zuvor. Jede Unterschrift unter das »Kreuzberger Manifest« bereitet diese Situation mit vor, denn man unterschreibt: »Wir weisen auch auf die Mitverantwortung (!) der vielen Schaulustigen hin, die durch ihre Anwesenheit (!) den Gewalttätern eine willkommene Kulisse und Rückzugsmöglichkeit geboten haben, ohne ihnen entgegenzutreten.«

Zukünftig soll es nur noch einen einzigen Grund für jeden anständigen Linken geben, sich bei Randale *nicht* in den eigenen vier Wänden einzuschließen. Hilfsdienste für die Staatsmacht: »Wir werden überlegen, ob wir bei dem nächsten Anlaß uns zwischen die Angreifer und die Angegriffenen, das waren am 1. Mai 1989 die Polizei und die geplünderten Geschäfte und zerstörten Autos, stellen werden« (»Kreuzberger Manifest«).

Die »taz« hat recht, »Innensenator Pätzold war erfolgreich... Der 1. Mai 1989 hat einen deutlichen Bruch in die bisher immer vorhandene diffuse Solidarität mit den Krawallen gebracht.« Auch der Regierungschef ist nicht unzufrieden, daß die »Linke von Kreuzberg... den Autonomen die Solidarität aufkündigt — eine Differenzierung, auf die... der Regierende Bürgermeister Momper ausdrücklich hingewiesen hat« (»FR« 9.5.). Er und sein Innensenator werden wenig Wert legen auf die praktische Realisierung der angekündigten alternativen Bürgerwehr, Hauptsache die AL organisiert weiterhin Veranstaltungen, auf deren Podien niemand sitzt, »der den Steinewerfern nicht die Leviten liest« — wochenlang! Den militärischen Teil schaffen die Bullen allein.

Und von dem Tag, wo aufgemischt wird in Kreuzberg, wird man eines bestimmt sagen können: Den Republikanern haben wir's aber gezeigt. Dann noch die Hafenstraße in Hamburg niedermachen, den Hungerstreikenden jedes Zugeständnis verweigern und Asyl- und Ausländergesetze verschärfen — und den Rechtsradikalen gehen die Argumente aus; sie ständen mit dem Rücken zur Wand. Und das ist doch heutzutage das Wichtigste — eben!

P.S. Das Gesabbel von der »Deeskalierenden Polizeistrategie« hat seinen Zweck erfüllt. Berlins grün-rote Regierung kritisiert mittlerweile die Polizei, wegen zu großer Zurückhaltung. »Wenn die von ihm bevorzugte Polizeibegleitung des (Demonstrations-)Zuges wegen der Örtlichkeit in diesem Fall nicht möglich gewesen sei, hätte die Polizei eben gleich an den Zug herangehen müssen«, meinte der Innensenator vor dem Innenausschuß des Berliner Parlaments.

Da mußte die AL beweisen, daß auch sie die Polizei noch kritisieren kann, wenn auch von rechts:

»Die AL-Abgeordnete Lena Schraut hielt der Polizeiführung vor, sie hätte auf Ausschreitungen gefaßt sein müssen. Immerhin sei es in den vorangegangenen beiden Jahren am 1. Mai ebenfalls zu schweren Krawallen gekommen. Ferner seien bereits am Vorabend zwei Geschäfte geplündert und ein Haus besetzt worden, und außerdem sei die autonome Szene wegen des RAF-Hungerstreiks mobilisiert gewesen. Deshalb 'hätten doch sämtliche Alarmglocken klingeln müssen', warf die Abgeordnete der Polizeispitze vor.«



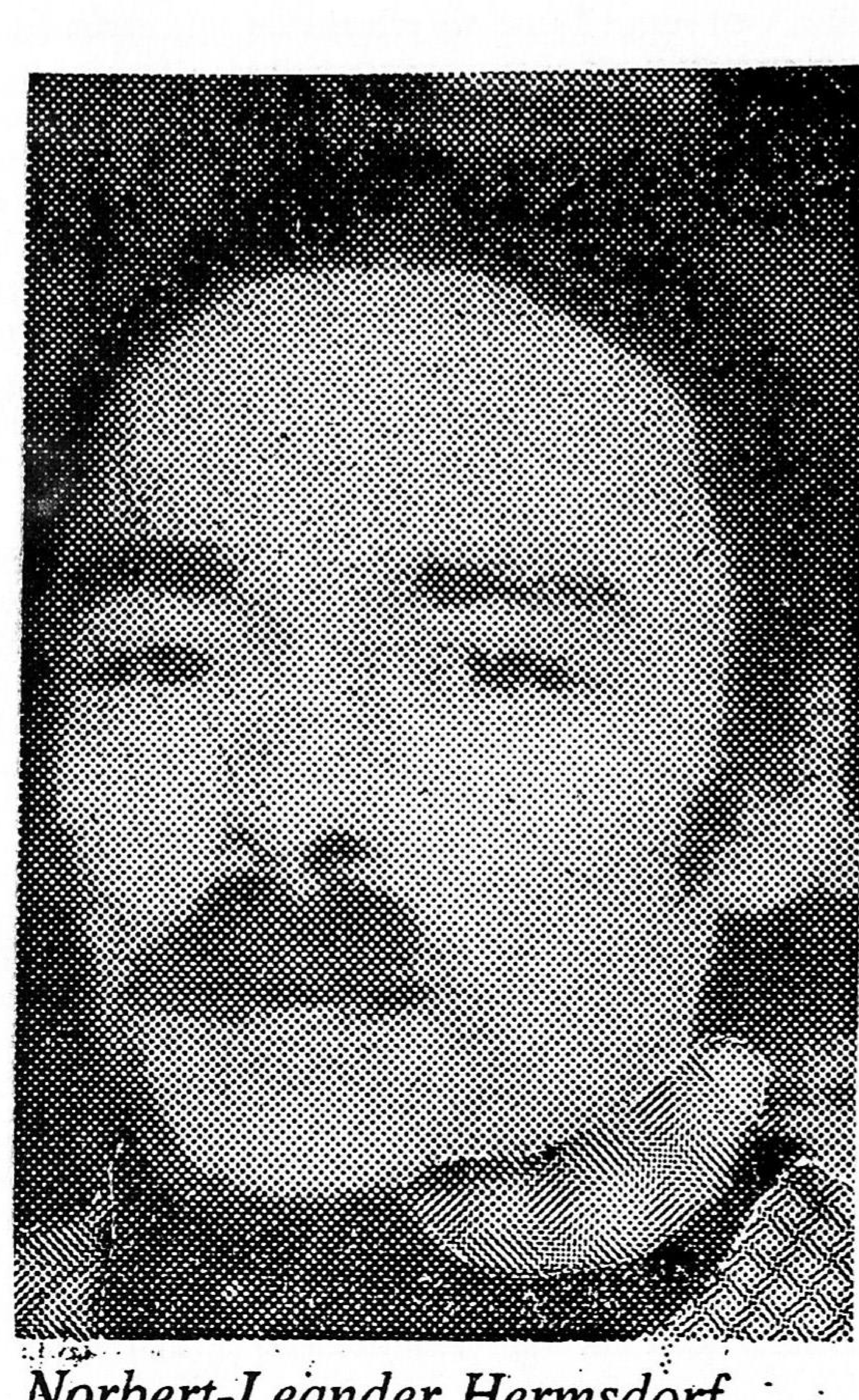
Thomas Ebermann ist Mitinitiator der »Radikalen Linken«

1.MAI - NACHLESE DER BESONDEREN ART !

Wie erst kürzlich bekannt wurde, soll NORBERT LEANDER HERMSDORF sich unter den ca. 10 000 Menschen der 1. Mai Demonstration 89 getummelt haben.
Mit großem Aufmacher war am 14.1.89 dieser Typ von der TAZ als V-Mann enttarnt worden. Fest steht, daß Hermsdorf als links engagierter Strafgefangener aus Tegel 1982 dann als Freigänger ein Job auf Probe bei der Taz bekommen hatte, dort dann aber eine Bürokasse und Schlüsselbund mitgehen ließ, seine ehefrau vergewaltigte und eine Woche danach im Besitz von Drogen verhaftet wurde.
Von ihm selbst eingestanden sind dann Verfassungsschutzkontakte in der darauffolgenden Haftzeit in Moabit. Welchen Status er tatsächlich für diesen rührigen dienst hatte (fest-"angestellter" V-Mann, Spitzel auf Probe o.ä.) war nicht 100 %ig zu klären. Fest steht jedenfalls, daß Hermsdorf nach seiner Haftentlassung Mitte 86 über eine VOBO-initiative, als Kubat-Dreieck-Besetzer und über eine technische funktion in einem Zeitungsprojekt während des IWFs erneut Zugang zur Linken gefunden hatte. Ob diesmal in bezahltem Auftrag oder nicht, ist nicht zweifelsfrei erwiesen. Merkwürdigkeiten bei seinem Verschwinden nach der taz-enttarnung im Januar 89 deuten aber daraufhin.
Hermsdorf verfügt über EDV-Kenntnisse und entwickelt in bestimmten Funktionen sehr pedantische Eigenschaften.
Dies sind in groben Zügen einige der wichtigsten Infos über Hermsdorf, veröffentlicht mit dem Ziel, ihm von vornherein seine Verdienstmöglichkeiten im Öffentlichen Dienst zu nehmen. Sein Auftauchen in der linken "szene" darf zukünftig für ihn nicht ohne Konsequenzen bleiben. Die notwendige Wachsamkeit ihm gegenüber betrifft wahrscheinlich erstmal weniger Kreuzberger Zusammenhänge - hier kennen ihn sicher zu viele -, als vielmehr Gruppen und Initiativen in anderen Bezirken.

Bessere Fotos von Hermsdorf waren nicht zu kriegen.





Norbert-Leander Hermsdorf

Wenn's an die Tür klopft ...

Vorfall: Am 23.April bekam ein Mensch aus dem Infoladen Omega unerwünschten Besuch. Drei AgentInnen "ob VS oder Staatsschutz, das können Sie sich aussuchen", standen vor der Wohnungstür und wollten Informationen über den Infoladen haben. Als Gegenleistung boten sie dem Menschen ihre Hilfe an: Geld, Wohnung, das mit dem Knast sei auch zu regeln. Um zu zeigen, das sie genau über ihn Bescheid wissen, sprachen sie auch über seine privaten Probleme.

Die Schweine mußten erfolglos wieder gehen, Anna und Arthur halten's Maul, ist ja klar. Irgendwoher müssen sie aber ihre Informationen bekommen haben. Was uns auch klarwurde: Sie wollen nicht nur Infos über uns sammeln, sondern auch Mißtrauen säen und verunsichern, indem sie bewußt offenlassen, was sie schon alles wissen, bei allem, was sie sagen andeuten, daß sie noch viel mehr in der Hinterhand haben.



Wenn es morgens lä
ist es nicht mehr der
Milchmann.

Die Wut darüber, daß sich die VS-Geier sofort auf jemand stürzen, wenn sie meinen, ihn durch die Drohung mit Knast usw. genug geschwächt zu haben, mischte sich sofort mit der Unsicherheit, was wir alles falsch gemacht haben. Wir müssen diesen Angriff auch als Zeichen unserer Schwäche begreifen. Wären wir zu diesem Zeitpunkt eine festere Gruppe gewesen, hätte der Anwerbeversuch uns sicher nicht so verunsichert.

So hat uns unser schlechtes Gefühl an diesem Punkt dazu gebracht, uns unsere Schwächen und Fehler klarzumachen. Als wichtigsten Punkt sehen wir da unser Umgehen untereinander. Als Gruppe, die mit Verfolgung zu rechnen hat, müssen wir es lernen, die Probleme der/des Anderen als unsere eigenen Probleme zu begreifen, denn genau da - im privaten Bereich - können die Schweine ansetzen, um uns auseinanderzunehmen. Privates und Politisches gehören zusammen, das haben wir spätestens jetzt gemerkt. Eine politische Gruppe darf nicht nur Energie kosten, sondern muß auch Kraft zurückgeben, muß auch Stütze sein.

Die Frage, wie wir mit der Angst vor Bespitzelung umgehen, hat uns lange beschäftigt. Eine völlige Abschottung, soziale Kontakte nur noch innerhalb der Gruppe, ist keine Lösung, undifferenziertes Mißtrauen gegen Unbekannte auch nicht. Eine andere Sache als Mißtrauen ist Vorsicht, vorsichtiges Umgehen sollte nicht als Mißtrauen, sondern als notwendiger Schutz verstanden werden.



Dafür ist es abends
aber auch nicht mehr
der Blumenbote

Schon vorher war uns - vom Kopf her - klar, daß z.B. das Telefon abgehört wi daß wir allgemein mit Infos vorsichtig umgehen müssen, daß wir genau geacht was wir wem erzählen und wo wir es erzählen. Aber Kopf und Bauch widersp chen sich machmal. Da gibt es diese Neugier in der Szene und auch das Mitt lungsbedürfnis an Leute, mit denen wir privat näher zusammen sind. Durch Gefühl der Betroffenheit können kurzfristig Kopf und Bauch zusammenkommen, Dauer hilft nur Selbstdisziplin und Ernsthaftigkeit, das Bewußtsein, daß Widerst keine Freizeitbeschäftigung sein kann, sondern vom Staat als Verbrechen gewer wird, egal wie harmlos wir uns selber einschätzen. Knast und Repression darf ni nur dann Thema sein, wenn wir sie direkt erfahren.

Dieses Flugblatt ist vorläufiges Ergebnis unserer Diskussion, wir machen es öffentlich, weil wir wollen, daß solche Angriffe nicht geheim bleiben und auch das Vorgehen dagegen öffentlich diskutiert wird. Schon seit über einem Jahr laufen offene und verdeckte Observationen gegen den Infoladen. Sie haben anscheinend immer noch nicht genügend Informationen über uns, die Einschüchterungsversuche habe uns auch nicht zum Aufgeben gebracht, im Gegenteil. Im Wedding ist die Szen relativ klein und überschaubar, aber seit einiger Zeit ziemlich aktiv. Die Bulle nehmen den Widerstand inzwischen ernst und wollen uns abschrecken und krimin lisieren, was ihnen aber nicht gelingen wird, wenn wir jetzt solidarisch zusamme halten.

Evangelischer
Kirchentag
FREIHEIT
FÜR
INGRID STROBL

UNTERSTÜTZT
rror

MARIANNENSTR.9
wird wieder Frauendezentrale

DEN TRAKT
FÜR EINE GESELL-SCHAFT OHNE KNÄSTE

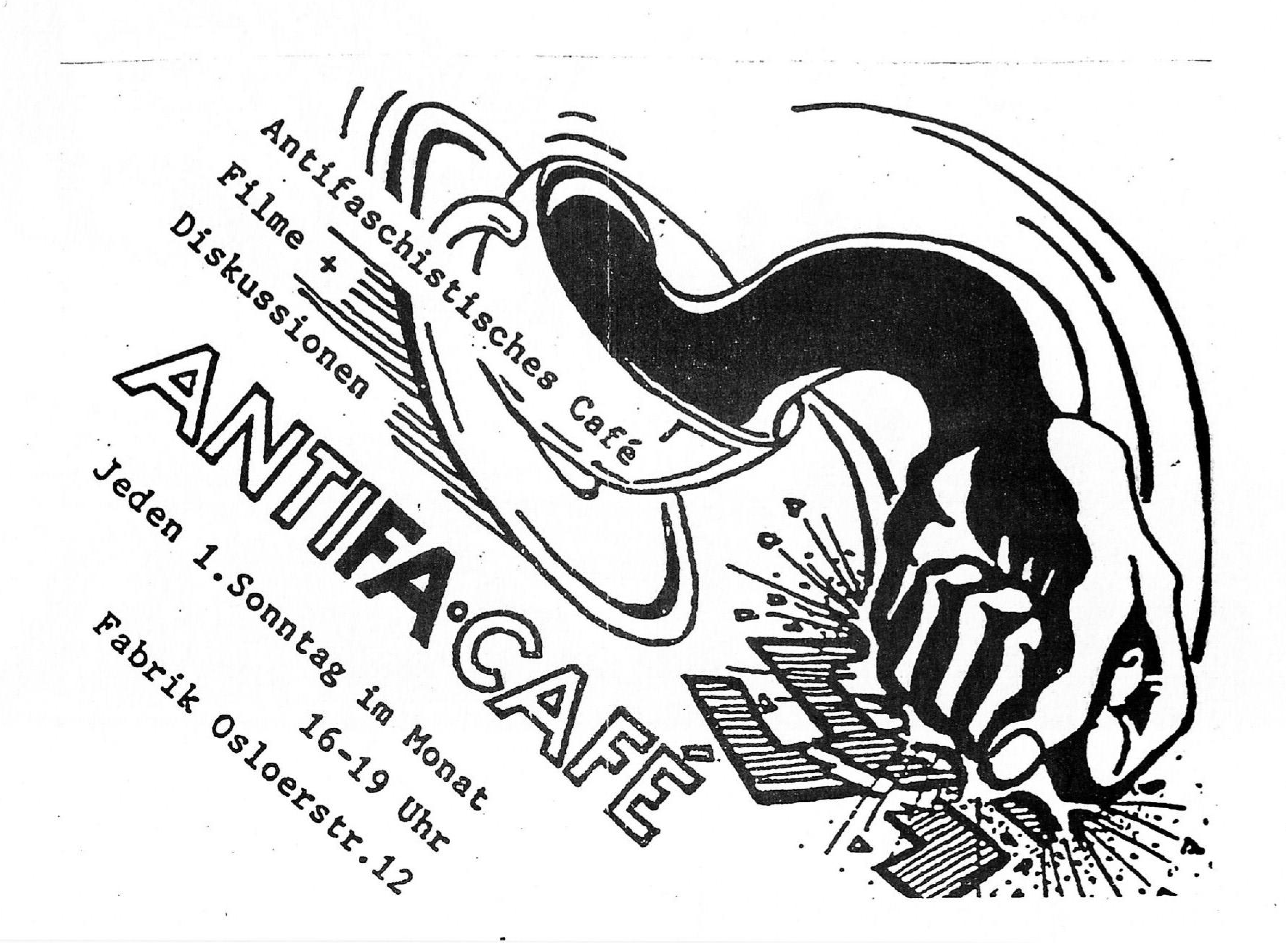
ANTIFA-AKTION IM WEDDING

DIE WEDDINGER REPS HABEN AM **MONTAG, 5.JUNI** ZU EINER VERANSTALTUNG FÜR INTERESSENTEN IN DAS FOYER DES BVV-SAALES IM RATHAUS EINGELADEN

FÜR 19 UHR WAR EIN **TROMMELN GEGEN REPS** ANGESAGT UND SCHLIESZLICH WAREN WIR ETWAS ÜBER HUNDERT LEUTE. DIE REPS SASZEN ANFANGS SCHON IM GLASKASTEN UND WARTETEN AUF KUNDSCHAFT, DIE DANN UNTER BULLENSCHUTZ IN DAS RATHAUS GING. DIESE GELEGENHEIT NUTZTEN DIE MEISTEN DER MAXIMAL 20 REP-FREUNDE ZUR FREIWILLIGEN KENNTNISNAHME DES NEBENSTEHENDEN FLUGI. ALS DANN AUF DEM RATHAUSVORPLATZ DAS GETROMMEL LAUTER WURDE, NAHM AUCH DIE BESUCHERSCHWEMME AB. AUF DEM VORPLATZ HAT EIN UNBEWAFFNETER UND UNVERMUMMTER DEESKALATIONSKONTAKTGESPRÄCHSBULLE VERSUCHT MITTELS KASPERLE-THEATER DIE MASSEN AUF SEINE SEITE ZU ZIEHEN, WAS DIE ALLGEMEINE STIMMUNG HEBTE. WENIGER HEITER VERLIEF WOHL DIE VERANSTALTUNG DER REPS, DA DER SAAL IM ERSTEN STOCK NUR ÜBER DÜNNE FENSTER VERFÜGT UND DIE ARCHITEKTUR DEN KLANG DER **INTERNATIONALE** EINDRUCKSVOLL VERSTÄRKTE. SO SCHLIESZLICH MUSZTEN DIE REPS IHRE VERANSTALTUNG HINTER VERSCHLOSSENEN VORHÄNGEN DURCHFÜHREN, WOHL UM DAS INTERESSE DES EIGENEN PUBLIKUMS ZU ERLANGEN. WIE VIELES IM LEBEN WURDE AUCH DAS LÄRMEN IRGENDWANN LANGWEILIG UND EINE **DEMO** BEGONNEN. DIE STAATSMACHT WURDE VON DIESER MASZNAHME JEDOCH NICHT RECHTZEITIG INFORMIERT UND HATTE SO EINIGE KOORDINATIONSPROBLEME. INSGESAMT DAUERTE DER SPONTANE AUFZUG EINE GUTE HALBE STUNDE UND GING ZUM TEIL ÜBER DIE MÜLLERSTRASZE, ABER AUCH DURCH DEN UTRECHTER-KIEZ, WO SICH REICHLICH LEUTE, HAUPTSÄCHLICH AUSLÄNDISCHE, ANGESCHLOSZEN HABEN. DIE WANNEN HATTEN MIT DER GEWÄHLTEN ROUTE ZUM TEIL GEWISSE SCHWIERIGKEITEN, DEMNÄCHST WERDEN WOHL HUBSCHRAUBER DEN BULLENNACHSCHUB REGELN. MIT REICHLICH GUTER STIMMUNG, PAROLEN UND GESANG GING DIE GUT GESCHLOSZENE DEMO DANN ZURÜCK ZUM RATHAUS UM SICH DORT VOR DEN STAUNENDEN AUGEN DER FACHWELT IN LUFT AUFZULÖSEN.

FAZIT:

REPUBLIKANER NERVEN -- BULLEN VERWIRREN
AUCH WENN NOCH KEINE RATHAUSSCHEIBEN KLIRREN



Ihre Wege werden nicht länger im Dunkeln bleiben...

FÜR EINE STARKE ANTI-REPRERSSIONSKAMPAGNE AN DER BFU !

Aktueller Anlaß für dieses Paper war das gehäufte Auftreten von Vorladungen wegen "Hausfriedensbruch p.p." am ISI/OSI. Wir wollwn hiermit zum einen über das Ausmaß und die Hintergründe der Repressionsmaßnahmen an der Uni informieren. Ferner finden wir es wichtig, die politische Dimension der Ermittlungen und Verfahren herauszuarbeiten, da nur auf dieser Grundlage eine gemeinsame Diskussion über das Verhalten bzgl. anstehender Prozesse möglich ist. Wir wollen auch der in der Szene weitverbreiteten Ansicht entgegenwirken, der Uni-Streik wäre ausschließlich ein Refo-Streik bürgerlicher Mittelstandskinder gewesen, der jetzt erfolgreich befriedet und damit ohne weitere Folgen beendet sei, wie auch die bürgerlichen Medien suggerieren. Es geht praktisch darum, die Dringlichkeit klar zu machen, wieso auch bei Anzeigen wegen "Hausfriedensbruch p.p." auf keinen Fall Aussagen gemacht werden dürfen.Eine politisch geführte Anti-Repressionskampagne an der Uni, die wir anregen wollen, könnte ein Ansatz sein , sich entgegen der beabsichtigten Spaltung in "Integrationswillige" und "kriminelle Chaoten" zu organisieren und die zersplitterten Gruppen wieder zusammenzuführen. Das ist nicht nur ne Notwendigkeit, sondern gleichzeitig eine Chance, hier an der Uni wieder in die Offensive zu kommen.

Erst mal die konkreten Infos:
Im Zusammenhang mit der Blockade des medizinischen Fachbereichs wurden gegen eine noch unbekannte Zahl von Menschen (meldet euch beim Asta!) Verfahren wegen Widerstand, Nötigung etc. eingeleitet. Die ersten Prozesse finden bereits statt, ohne daß eine öffentliche Diskussion daran gelaufen ist.
Ende Februar stellte die Uni-Leitung eine allgemeine Anzeige wegen "Hausfriedensbruch und anderer Straftaten", um auf dieser Grundlage die Räumung der damals noch besetzten Institute in den Semesterferien mögl. ohne Aufsehen durchzuziehen. Diese Anzeige hat jedoch noch eine weitergehende Dimension, doch dazu später. Gegen 12 Leute, deren Personalien bei den Räumungen aufgenommen wurden, wurde ein Verfahren wegen Hausfriedensbruch p.p. eingleitet. Die Uni-Leitung in Gestalt von Verw.Chef Zegenhagen - das ist der, der im Streik konkret den Bullen die Einsatzbefehle gegeben hat - macht den Betroffenen jedoch ein "Angebot", nach einem "Gespräch" die persönlichen Anschuldigungen zurückzuziehen. Diese "Gespräche" sahen dann so aus, daß die Leute am Ende ein Papier unterschrieben, daß sie beabsichtigen würden keine Uni-Institute mehr zu besetzen und dieses Mittel in der jetzigen politischen Situation nicht für eine geeignete Form der politischen Auseinandersetzungen halten.
Die scheinbar individuellen Abschwörpapiere bedeuten politisch: Erstens Spaltung. Zum einen in der öffentlichen Diskussion, sowohl in den bürgerlichen Medien, wie auch in der Studi-Bewegung, für die Stoff für eine Auseinandersetzung über und zwischen Refos und "Nichtintegrationswillige

geliefert wird, zum Anderen ganz handfest und individuell: ein überzeugter Mensch würde diesen Wisch wahrscheinlich nicht unterschreiben. Die unterschreibwilligen Refos nehmen den Bullen die Arbeit ab, diesen Menschen politisch einzuschätzen und könnten ihm so im übertragenen Sinne einen Prozeß wegen Hausfriedensbruch reinwürgen.
Zweitens sind die Papiere ein Mittel gegen die Studis, die unterzeichnet haben, selbst. Bei neuen studentischen Mobilisierungen könnten sie individualisiert auf ihre Absichtserklärungen hingewiesen werden... Die Repression soll durch scheinbares Entgegenkommen bei Kooperationswilligen langfristig verschleiert werden. Die Selektion in gute und böse Studis entspricht der grundsätzlichen Linie der Uni-Leitung und des Radischensenats (außen rot, innen weiß, mit nem grünen Büschel dran), bestimmte Elemente des Streiks, wie frischer Wind in der Uni durch interdisziplinäre Projekte, gewinnbringend zu nutzen und andere Teile zu kriminalisieren bzw, zu entpolitisieren.

Die allgemeine Anzeige wurde - entgegen der Aussagen des Präsiamtes - bis heute nicht zurückgenommen und bleibt ein Freibrief für polizeiliches und staatsschutzmäßiges Herumschnüffeln in studentischen Strukturen (bei der Durchsuchung des geräumten ISI-Kellers meinte ein Kripo-Beamter auf Nachrfage eines Uni-Angehörigen wieso denn Parolen abgefilmt würden, daß diese zum Staatsschutz gehen " falls sich Anhaltspunkte ergeben"). Die weitere Kriminalisierung soll durch die Abschwörerklärungen propagandistisch abgesichert werden: "Wer jetzt nicht einsieht, daß Besetzungen kein Mittel sind, ist ja selber schuld, wenn..."

In den letzten Wochen haben mindestens sieben StudentInnen des OSI polizeiliche Vorladungen wegen "Hausfriedensbruch p.p." erhalten. Das stellt in sofern eine neue Qualität dar, da ihre Personalien nicht im Zusammenhang mit den besetzten Instituten aufgenommen wurden - bei der Erstürmung des ISI-Kellers war dieser ja bekanntlich leer. Das Zustandekommen dieser Vorladungen können wir uns erstmal nur so erklären, daß die Bullen durch Observationen und Befragen von Personen (Nofu-Profs?) an ihre Namen gekommen sind. Mehr dazu später.

Am OSI wurde jedenfalls so damit umgegangen, daß von stud. Seite eine Resolution im Fachbereichsrat durchgesetzt wurde, in der sich dieser gegen jedwede Kriminalisierung des Streiks und für die Rücknahme der allgemeinen Hausfriedensbruchanzeige ausspricht. Dabei kann der Begriff "Kriminalisierung" jedoch auf verschiedene Weise interpretiert werden.

Das anscheinend recht banale Ermittlungsverfahren wegen "Hausfriedensbruch und anderen Straftaten" bekommt nach unsere Ansicht in Verbindung mit Staatsschutz-Ermittlungen speziell am Osi eine enorme Brisanz. Aber erst steigen wir noch in die Abgründe von Staatsschutz und Uni-Streik hinab...

Daß der Staatsschutz ein ziemliches Interesse am Uni-Streik gehabt haben muß, läßt sich z.B. am ISI zeigen. Allein der Name spricht Bände (fünf Jahre Knast für Ingrid!!!). Wochenlang hingen ZL-Transpis draußen und ZL-Parolen zierten die Innen- und Außenwand. Ausgehend vom subjektiven Wunsch

nach einem anderem Leben wurde versucht, kollektiv Theorie und Praxis gegen die Herrschenden zu entwickeln und den Uni-Streik in den Kontext mit den Kämpfen in den Metropolen zu setzen, z.B. per Direktleitung mit Radio Bologna. Die starke Bullenobservation war augenfällig besonders in der letzten Woche vor der Räumung. Die FAZ ortete in einem Ar=tikel Mitte Dezember im ISI die "autonome Kaderschmiede" und hatte Infos, die nur aus der Telefonüberwachung stammen konnten. Von Seiten der Profs brodelte die Gerüchteküche, Professoren seien vom Staatsschutz vernommen worden. Der ehe-malige Dekan Kiersch wollte zunächst am Samstag nach der Räumung Staatsschutz in den Räumen des ISI erblickt haben, litt aber zunehmend an Gedächtnisschwäche, so daß er sich an nichts mehr erinnern kann. Nach anderen internen Infos scheint dieses Fact zuzutreffen.
Des weiteren sind auch im Rahmen der Amtshilfe "normale Kripobeamte" verpflichtet, Material an den Staatsschutz weiterzuleiten, zumindest wenn Anzeichen einer Strafsache vorhanden sind, die im Ressort vom Staatsschutz liegen.

Generell zum Verhältnis Uni/VS/Staatsschutz:
"Im NADIS-System (west-europaweit vernetztes System vom Verfassungsschutz mit anderen Diensten, u.a. Brd-poliz. INPOL-System, Staatsschutz!) werden vornehmlich Daten von Personen gespeichert, denen 'verfassungsfeindliche Bestre=bungen' nachgesagt werden. Die ziemlich ähnlich lautenden Landesgesetze über die Arbeit der Verfassungsschutzämter regeln die Versorgung des gefräßigen Datenungeheuers: Sämt=liche Behörden, Gerichte, Gemeinden, Landkreise und 'son=stige der Aufsicht des Landes unterstehende juristische Personen des öffentlichen Rechts' haben dem Verfassungsschutz alle 'verfassungsfeindlichen Bestrebungen', die ihnen bekannt werden, mitzuteilen, Unterlagen unaufgefordert zu übermitteln oder bei Anfrage über den Weg der Amtshilfe Einzelheiten zu nennen. Derartige Spitzel- und Überwachungsdienste müssen also auch Schulen, Universitäten, (...), Staats- und Uni=versitätsbibliotheken (...) übernehmen (Gössner, Der Apparat)!

Zum Verhältnis Profs/VS/Staatsschutz:
Professoren sind Beamte und unterliegen besonderen Treue=pflichten zum Staat, z.B. der Pflicht zur Amtshilfe oder zur besonderen Verschwiegenheit in gewissen Fällen (Dienst-geheimnis). Auch die Tatsache, daß anscheinend einige Profs ihr Gewissen höher bewerten, sollte uns nicht über diesen Fakt hinwegtäuschen. Das offenkundige Bestreben der Profs, den Staatsschutz aus der Diskussion um den Uni-Streik her=auszuhalten, ist wohl eher in ihrer Angst davor begründet, sonst dem Renomée ihres Instituts zu schaden.

In diesem Kontext bekommen die Verfahren wegen "Hausfriedens=bruch und anderen Straftaten" eine neue Qualität: Unter dem Deckmäntelchen einer scheinbaren Belanglosigkeit wird dem Staatsschutz Tür und Tor an der Uni geöffnet. Das heißt kon-kret:
Es können ALLE uni-internen Akten wie z.B. im Immatrikulations büro eingesehen werden. Die Staatsschutzermittlungen können unauffällig gegen ALLE StudentInnen der Uni geführt werden. Wenn StudentInnen zu Vorladungen bei den Bullen auftauchen, können scheinbar belanglose Aussagen bezüglich "Hausfrie=densbruch p.p." brutale Folgen haben, da sie den Bullen bei

der Ausforschung unserer Strukturen helfen (Startbahneffekt!). Ebenso erleichtert ein solches Vorgehen den Bullen, etwaige Staatsschutzverfahren aus dem Uni-Kontext herauszulösen. Erkenntnisse aus dem Uni-Kontext können z.B. verwendet werden, um Hausdurchsuchungen vorzubereiten und durchzuführen, um anschließend Leute in gewagten Konstruktionen nach § 129a zu kriminalisieren.
Selbst Profs werden über den wirklichen Grund der Ermittlungen im Unklaren gelassen und sind wohl eher zu Aussagen bereit... . Die Öffentlichkeit erfährt nicht, ob Ergebnisse per Amtshilfe an den Staatsschutz weitergeleitet wurden.

Soviel zu den Möglichkeiten von Bullerei und Staatsschutz/VS. Eine besondere Funktion bei der Kriminalisierung des Uni-Streiks hat die NOFU.
Inhaltlich fällt auf, daß eine von ihr herausgegebene Broschüre zum Uni-Streik bei ihrer Hetze genau dieselbe "Argumentationsline" verwendet wie der bereits angesprochene FAZ-Artikel. Beide wähnen im OSI/ISI die gefürchtete "autonome Kaderschmiede".
Konkret ist bekannt, daß bereits vor der offiziellen Begehung des geräumten ISI durch die Kripo der bekannte NOFU-Prof Zahn im Keller Fotos gemacht und gezielt nach etwaigen Telefonlisten gesucht hat... Dieses Vorgehen ist für die NOFU typisch: Ist doch bekannt, daß sie als eine Art "Privat-VS" an der Uni schwarze Listen von linken und linksradikalen StudentInnen erstellt und getreu ihrem Auftrag zum Schutz der "FDGO" an staatliche Dienste und Industrieunternehmen weiterleitet. Mindestens ein Fall ist bekannt, bei dem die NOFU solche Listen in einer Auflage von 10.000 verbreitet hat. In einer Streik-Doku des Asta-Öffentlichkeitsreferats wird eine solche schwarze Liste mit angeblichen Streik-AktivistInnen erwähnt. Daß solche Listen dann auch in die Ermittlungen der Bullen und des Staatsschutzes am OSI Einfluß genommen haben, liegt zumindest nahe.
Eine Denunziation durch NOFU-Profs wäre auch eine mögliche Erklärung für das Zustandekommen der Vorladungen am OSI.

Die Darstellung soll nicht paranoid machen, sondern die Repressionsmöglichkeiten der Schweine aufzeigen. Wir finden es wichtig, daß darüber keine Illusionen herrschen.
Wie die Repression greift, bzw. in welchem Maß sie möglich ist, hängt immer vom politischen Kräfteverhältnis ab. Wir sehen es auch im Kontext zum ersten Mai, also ob den Herrschenden die gesellschaftliche Isolation der autonomen und antiimperialistischen Gruppen gelingt. Nur ein starker Druck von unten in der Stadt kann auch Repression an der Uni zurückdrängen. Das heißt an der Uni für uns: Die Spaltung bzw. Ausgrenzung des radikalen Teils der StudentInnen muß verhindert werden. Wir müssen versuchen, ein gemeinsames Verhalten in bezug auf Vorladungen und Prozesse auf die Reihe zu bekommen.
Grundbedingung ist und bleibt: Aussageverweigerung!
Wir finden es wichtig, Erfahrungen, die es über Verhörmethoden der Bullen gibt auszutauschen und zu diskutieren.

Bei einer Anti-Repressionskampagne, die wir anstreben, ist es perspektivisch wichtig, den Mantel der Verschwiegenheit über den Verbindungen von Uni und Staatsschutz wegzuziehen, weil genau da der wunde Punkt der meist um ein liberales Renommée besorgten Herren und wenigen Damen Profs liegt.

* Bei konkret einem Typen vom Osi lief bereits eine Hausdurchsuchung, angebl. wegen schwerem Landfriedensbruch (Werfen von Schneebällen)

Gleichzeitig ist die reaktionär-faschistische NoFu wieder verstärkt zur öffentlichen Diskussion zu stellen und an= zugreifen. Allerdings hätten wir da gerne noch ein paar Infos, besonders darüber, wie die sich mit dem Staatsschutz verstehen...
Ein praktischer Anfang kann sein, die Zurücknahme der allg. Hausfriedensbruchanzeige zu erzwingen (freiwillig kriegen wir eh nix), weil das die Ermittlungen der Bullen zumindest erschwert. In diesem Zusammenhang wird auch in absehbarer Zukunft ein Anti-Repressionsfest organisiert. Kommt massen= haft! Mindestens genauso wichtig ist, daß die psychologische Wirkung der Repression nicht durchkommt. Das bedeutet, daß wir gerade in der Konfrontation mit dem Repressionsapparat uns jetzt nicht zurückziehen, und der Uni-Leitung mit Un= bedenklichkeitserklärungen andienen, sondern verstärkt und öffentlich unsere Inhalte diskutieren.
Es kann nicht darum gehen zu jammern und unsere kollektiv-politischen Erfahrungen zu verleugnen, bzw. sie zu ent= politisieren, sondern darum gerade mit gestärktem Blick für die Realität uns und unsere Wünsche und Ziele von einem befreiten Leben bewußt gegen dieses System von Isolation und Unterdrückung zu stellen. Dann werden sie nicht durch= kommen.

No pasaran - Pasaremos!

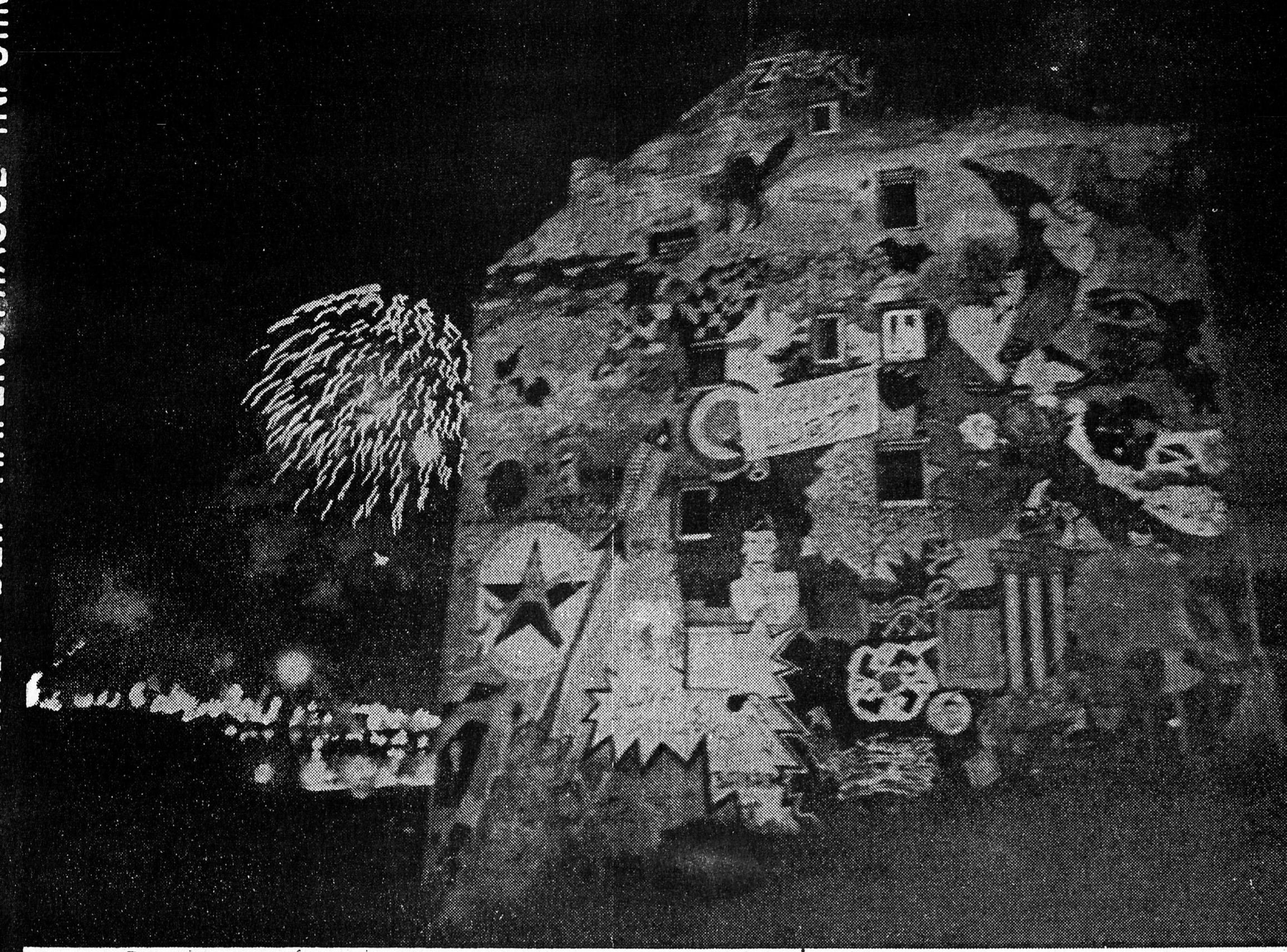


Einige immer noch uniwütige Nichtintegr★tionswillige

SOLIDARITÄT IST EINE WAFFE
LIEBE UND KRAFT DEN KÄMPFENDEN GEFANGENEN

DER INITIATIVKREIS ZUM ERHALT DER HAFENSTRASSE INFORMIERT:

HAFENSTRASSE VERTEIDIGEN: JETZT ERST RECHT!



Am Freitag, den 26. 5., ließ der Hamburger Senat mit einer Polizeiarmada aus vier Bundesländern (insgesamt 3000 Bullen), Wasserwerfern, Räumpanzern und Abrißbirnen aufmarschieren und schuf an der Hafenstraße für zehn Stunden einen bürgerkriegsähnlichen Belagerungszustand: Der Stadtteil St. Pauli-Süd rund um die Häuser wurde abgesperrt. Die Menschen, die sich innerhalb dieses Gebietes aufhielten, wurden brutal abgeräumt. Angeblicher Anlaß: Die neben den Häusern stehenden Bauwagen sollten entfernt werden

Worum ging es wirklich ?

Es ging um weit mehr als um die Bauwagen. Dies wurde spätestens klar, als mit den Durchsuchungsbefehlen für zwei Häuser, einer neuen Verfügung gegen die anderen zwischen den Häusern stehenden Bauwagen und mit dem Übermalen der Parole zur Zusammenlegung der politischen Gefangenen "draufgesattelt" wurde.

Der gesamte Einsatz, seine Dimension und stundenlange Dauer, das fortwährende Nachschieben von "Gründen", war darauf angelegt, Reaktionen aus den Häusern hervorzurufen, die eine Räumung und Festnahme der BewohnerInnen im Rahmen einer "Strafverfolgung" und zur "Wiederherstellung der Sicherheit und Ordnung" (nach dem Sicherheits- und Ordnungsgesetz, SOG) erlaubt hätten. Eine solche Situation hat Innensenator Hackmann einen Tag vor dem Einsatz in einem Interview mit dem "Hamburg-Journal" anvisiert: "Ich kann nicht ausschließen, daß die Polizei gezwungen sein wird, dann auch in die Häuser hineingehen wird, um Straftaten zu verfolgen." Wie es dann weitergehen sollte, hatte zwei Wochen zuvor schon Dieter Schöneck (Vorsitzender der Gewerkschaft der Polizei) im Abendblatt klargemacht: "Die Wohnungen müssen dann gleich unbewohnbar gemacht werden."

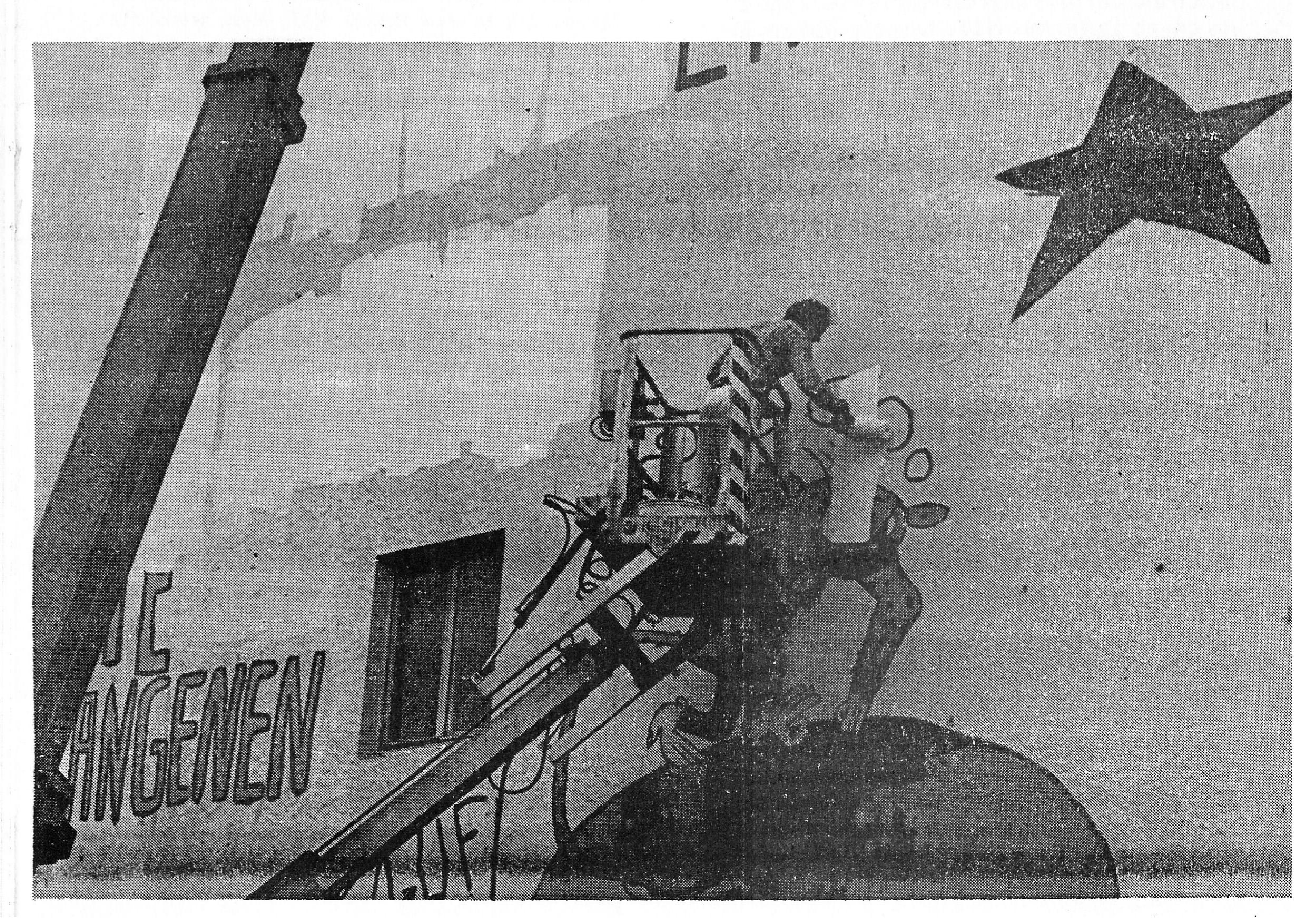
Diese Variante ist nicht zum Zuge gekommen. In der Konsequenz unserer Einschätzung, daß sie das Konzept "SOG und dann Totalräumung" verfolgen, haben wir die Situation so bestimmt, ihr Konzept nicht aufgehen zu lassen. Indem wir die Bauwagen selbst weggezogen haben, sind wir von Anfang an nicht im Plan von Bullen und Senat geblieben.

Die Räumungsstrategien des Senats haben mit dem vielbeschworenen "streng rechtsstaatlichen Vorgehen" nichts zu tun. Erlaubt ist für den Senat, was er in der Öffentlichkeit für vermittelbar hält. Dieser Einsatz wies schon mehrere Elemente von Ausnahmezustand und Notstandsrecht auf: Der Bundesgrenzschutz wurde als Bürgerkriegsarmee herangekarrt, samt seinen Panzern, der Presse sollte der Zutritt in das abgesperrte Gebiet verboten werden, rechtswidrige Behördenverfügungen wurden ohne die Möglichkeit des Rechtsschutzes gegen zwei zwischen den Häusern auf Privatbesitz stehende Bauwagen durchgezogen. Die von den BewohnerInnen weggezogenen Bauwagen wurden noch an den beiden folgenden Tagen erneut mit massivem Polizeieinsatz verfolgt, obwohl sie inzwischen auf anderen Plätzen standen, wo eine Duldung zugesagt war. Sie wurden dann teilweise auf den Polizeiparkplatz in Rahlstedt abgeschleppt.

Das alles macht klar: Die Formel von der "Rechtsstaatlichkeit" ist für den Senat reine Propaganda. Wer es in Kauf nimmt, daß Menschen getötet werden, indem sie gezielt von Wasserwerfern von den Hausdächern geschossen werden sollten, wie bei dem Einsatz am Freitag geschehen, der ist zu vielem bereit.

Die Rechts-Presse jubelt:

Offener Medienbeifall für den Einsatz; Bedauern, daß es nicht zur "Endräumung" kam, Ausblenden der Tatsache, daß der eigentliche Anlaß, die Bauwagen, größtenteils vor Eintreffen der Polizei ***von den BewohnerInnen selbst weggezogen*** worden waren. Die "General-Linie" der Presse ging von der offen faschistischen Aufforderung, "das Nest auszuräumen" (Hamburger Abendblatt), über das Lob für den "kühlen, professionellen, energischen Einsatz" (Morgenpost), bis zum erwartungsvollen Ratschlag an Voscherau, nicht "den kurvenreichen Weg des Mietrechts, sondern die Bestimmungen des Sicherheits- und Ordnungsgesetzes anzuwenden" (Welt).






Es soll eine öffentliche Stimmung geschaffen werden, die selbst den unmenschlichsten Einsatz bejubelt. Gleichzeitig geht es um die Propagierung einer angeblich "geringen Unterstützung der Hafenstraße" und um die Diffamierung von politisch-taktischer Gegenwehr. Seit Wochen verkündet der Senat stereotyp die Nachricht: "Das Wohnprojekt ist gescheitert" und versucht damit, jeden Gedanken an eine Perspektive aus den Köpfen rauszuhämmern. Denn Voscherau und Konsorten ist klar, sie müssen schnell handeln. Je länger sie warten, desto mehr UnterstützerInnen können gewonnen werden, desto näher rückt aber auch die Bürgerschaftswahl 1991 (Frühjahr), in deren zeitlicher Nähe brutale Bulleneinsätze das links-liberale Spektrum zu anderem Wahlverhalten bewegen würden. Deshalb ist jetzt von Senatsseite nicht politischer Dialog, sondern brutaler Großeinsatz die Lösungsformel. Die "linke" SPD schaut derwei paralysiert zu, bzw. ist beruhigt, solange der Anstrich des "rechtsstaatlichen Vorgehens" gewahrt bleibt. Es läuft ständiger Zermürbungskrieg mit brutaler Gewaltandrohung und -anwendung.

Das haben sie auch von Anfang an mit der Vertragskonstruktion versucht, die so angelegt war, daß sie selbst Anlässe schaffen oder aufbauschen konnten, die über die Kollektivhaftungs-Klausel (bei Vertragsverstößen Einzelner können alle BewohnerInnen gekündigt werden) die Abmahnung und schließlich Kündigung ermöglichten. Und das haben sie wieder versucht, indem sie am "schwächsten Glied", den Bauwagen, ansetzten und zu spalten versuchten. Die Verfügung des Bezirksamtes Mitte, die Bauwagen zu entfernen, zeigte dies nochmal ganz deutlich. Da wurden die BauwagenbewohnerInnen als die in angeblich "schlechten hygienischen Verhältnissen Lebenden", quasi "Asozialen", gezeigt, die "Straftätern Unterschlupf gewähren", selber kriminell sind und deren Verbleib in der "exponierten Lage am Hafenrand" nicht geduldet werden könne.

Welche Schweinereien kommen als nächstes ?

Der Senat setzt nicht in erster Linie auf die mietrechtlichen Räumungsklagen, die ihm, wenn überhaupt, erst in einem Zeitraum zwischen einem und eineinhalb Jahren Räumungstitel bescheren würden. Die Fortsetzung ihrer eigentlichen Strategie haben Senat und Bullerei schon angedeutet und vorbereitet, indem sie beim Freitags-Großeinsatz massiv mit den Wasserwerfern in die sogenannten "6er-Häuser" reinhalten ließen, so daß das Wasser vom dritten Stock bis in den Keller lief. Hier wird die "Unbewohnbarkeit" systematisch vorbereitet. Hier könnte der Senat durch "Begehungen" in der nächsten Zeit seine von ihm erzeugten Ergebnisse gegen die BewohnerInnen durch Unbewohnbarkeitserklärungen benutzen. Hier schließt sich auch der Kreis zu derZeit vor dem Vertragsschluß 1987, als es bis zuletzt darum ging, daß "wenigstens" die 6er-Häuser nach dem Willen von Voscherau und Bausenator Wagner und Co. abgerissen werden sollten. Es gibt auch noch Abrißverfügungen von 1985, die in den Augen des Senats verwendbar sind, auch wenn sie mit dem jetzigen Zustand derHäuser, der durch vielerlei Renovierungsmaßnahmen verbessert wurde, nichts zu tun haben.

Damit hat der Senat verschiedene Mittel, um seine Räumungsstrategie weiter zu verfolgen. Jedes Mittel ist ihm recht, um das politische Verhalten der Hafenstraße, z.B. zu Themen wie dem palästinensischen Volksaufstand, der Vertreibung der Roma und Sinti-Familien aus Hamburg, der Zusammenlegung der politischen Gefangenen und ihrem Hungerstreik unmöglich zu machen. Denn diese Aktivitäten und Äußerungen politischer Identität stören die Herrschenden im Grunde weit mehr als die vorgeschobenen Gründe "Autoknackerei" oder "Bauwagen".



Wie geht's für uns weiter ? Perspektiven

Es geht jetzt darum, wieder zu einem gemeinsamen entschlossenen Handeln zur Verteidigung der Hafenstraße zu kommen. Es geht darum, zu vermitteln, daß die Frage für uns nicht heißen kann, ob wir eine Räumung in einem halben Jahr oder in andertalb Jahren zu erwarten haben. Es geht nicht um eine Verzögerung. es geht um die ***Perspektive, den Bestand der Häuser und das Wohnen der Menschen darin dauerhaft zu sichern.***

Ein erster Schritt dazu ist es, wenn wieder viele Gruppen, Organisationen und Initiativen die Hafenstraße als Ort begreifen, an dem sie Veranstaltungen machen, diskutieren, Feste feiern etc. Wir wollen den "Kommunikationsraum Hafenstraße" wieder stärken und mit Leben füllen. Es geht auch darum, die Alternative deutlich zu machen: Die Häuser und Menschen, wie sie jetzt sind, oder - nach dem Willen des Senats - Abriß und Wiederbebauung nach dem Groß--Projekt-Konzept aus der Nazi-Zeit: Flanier- und Konsummeile am Hafenrand.

Der Initiativkreis zum Erhalt der Hafenstraße will noch vor den Sommerferien eine große Veranstaltung organisieren, auf der unsere Forderungen und Perspektiven deutlich werden und auf der noch einmal von verschiedenen Seiten geschildert wird, wie der Senat und das Zusammenspiel der Behörden für einen Abriß der Hafenstraße sorgen wollen.

Wir fordern alle Gruppen auf, jetzt in ihrem Bereich Öffentlichkeitsarbeit zu machen, kleinere Veranstaltungen zu organisieren, usw., und über eine Großdemonstration in den nächsten Wochen zu diskutieren.

V.i.s.d.P.: Initiativkreis zum Erhalt der Hafenstraße. Auflage: 10.000

DDR - WAHLBETRUG UND WIDERSTAND !!!

Auf den folgenden Seiten findet ihr wieder einige "Orginal-Dokumente" aus den "Umweltblättern" aus Berlin - DDR. Ein Aufruf zum Wahlboykott; die Bittschrift zur Anfechtung der Wahl, die in den letzten Tagen gegen ein massives Polizeiaufgebot zu übergeben versucht würde sowie einige Meldungen aus der neusten uns zugespielten Ausgabe vom Mai #89.

W A H L E N

===

ERKLÄRUNG des Arbeitskreises Solidarische Kirche (Regionalgruppe Thüringen)

Wir, die Unterzeichner, erklären hiermit, daß wir uns nicht an den Kommunalwahlen der DDR am 7. Mai 1989 beteiligen werden.

Wir verstehen diesen Schritt nicht als Aufruf zu irgendeiner Art von Wahlboykott, sondern als unsere persönliche Entscheidung, zu der wir nach reiflicher Überlegung und Diskussion der möglichen Alternativen gelangt sind. Wir akzeptieren andere aus Verantwortungsbewußtsein für die Entwicklung unserer Gesellschaft getroffenem Entscheidungen.

Ausschlaggebend für unseren Entschluß sind aber folgende Überlegungen: Gemäß dem Wahlgesetz vom 24. Juni 1976 (Gbl. I,22,1976) und dem Gesetz über die örtlichen Volksvertretungen vom 4.7.1985 (Gbl. I,18,1985) ist es entscheidender Grundsatz der Wahlen in der DDR, daß nicht verschiedene sachliche oder/und politische Alternativen zur Wahl stehen, sondern lediglich entschieden werden soll über die Glaubwürdigkeit der vorgeschlagenen Kandidaten hinsichtlich einer bereits vorgegebenen Politik.
Auf diese Politik werden die gewählten Kandidaten verpflichtet (vgl. §1, Abs.1 und §2, Abs.2 des Gesetzes über die örtlichen Volksvertretungen). Diese von der SED als der führenden politischen Kraft verantwortete Politik wird in zahlreichen grundsätzlichen Punkten von uns in Frage gestellt. Daher ist es für uns nicht sinnvoll, uns an einer Entscheidung zu beteiligen, die die Anerkennung gerade dieser Politik zur Voraussetzung hat. Vielmehr würden wir uns Wahlen und Mitbestimmungsmöglichkeiten hinsichtlich politischer und sachlicher Alternativen wünschen.
Schwerpunkte dafür sehen wir in folgenden Bereichen:

- Innenpolitik (Meinungspluralismus, Reisefreiheit, Versammlungsfreiheit, Vereinigungsfreiheit, Demonstrationsfreiheit, demokratisiertes Strafrecht, Informationsfreiheit)
- Ökologie (Umweltschutz, Konsumorientierung, Ressourcenvergeudung)
- Ökonomie (Unabhängige Interessenvertretung der Werktätigen, mangelnde Freisetzung und Nutzung der menschlichen Schöpferkraft)
- Bildungswesen (einseitige Volks- und Hochschulbildung, Militarisierung, Ungleichbehandlung, Leistungsdruck).

Von einer sachlichen und gründlichen Diskussion dieser und anderer Probleme unserer Gesellschaft auch über die Wahlen hinaus erhoffen wir uns eine Wachsende Mündigkeit der Bürger und Bürgerinnen und eine zunehmende Demokratisierung der Gesellschaft, die sich auch in einem neuen, demokratischen Wahlsystem ausdrückt, welches es allen Bürgern und Bürgerinnen ermöglicht, ihre politischen und sachlichen Überzeugungen in den gesamtgesellschaftlichen Entwicklungsprozeß einzubringen.

16. März 1989
18 Unterschriften

An den
Nationalrat der Nationalen Front der DDR
Thälmannplatz 8-9
Berlin
1080

Berlin, den 12.5.1989

Betr.: Einspruch gegen die Gültigkeit der Kommunalwahlen 1989 in Berlin

Wir wollen unsere Gesellschaft konstruktiv gestalten. Darum nahmen wir in Warnehmung unserer staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten an der öffentlichen Auszählung der Kommunalwahlen am 6. und 7.5.1989 teil, andere haben die Ergebnisse zur Kenntnis genommen.
Die in 66 von 67 Wahllokalen des Stadtbezirkes Weißensee öffentlich verkündeten Resultate lauten:

	abgegebene Stimmen	Ungültige Stimmen	Stimmen für den Wahlvorschlag	Stimmen gegen den Wahlvorschlag
Laut Bekanntgabe der Wahlvorstände:	27 680	46	25 410	2 224

Die Veröffentlichung des endgültigen Wahlergebnisses in der Presse vom 10.5.89 zeigt folgende Ergebnisse:

Laut "ND":	43 042	24	42 007	1 011

Es ergeben sich folgende schwerwiegende Differenzen:
1. Zwischen den Angaben der gültigen Stimmen gegen den Wahlvorschlag besteht ein Unterschied von 1213 Stimmen.
2. Zwischen den Angaben der ungültigen Stimmen besteht ein Unterschied von 22 Stimmen.

Die in 82 von 89 Wahllokalen im Stadtbezirk Friedrichshain verkündeten Resultate lauten:

	abgegebene Stimmen	Ungültige Stimmen	Stimmen für den Wahlvorschlag	Stimmen gegen den Wahlvorschlag
Laut Bekanntgabe der Wahlvorstände:	71 764	133	66 712	4 919

Die Veröffentlichung des endgültigen Wahlergebnisses in der Presse vom 10.5.89 zeigt folgende Ergebnisse:

Laut "ND":	85 377	113	83 653	1 611

Es ergeben sich folgende schwerwiegende Differenzen:
1. Zwischen den Angaben der gültigen Stimmen gegen den Wahlvorschlag besteht ein Unterschied von 3110 Stimmen.
2. Zwischen den Angaben der ungültigen Stimmen besteht ein Unterschied von 20 Stimmen.

Ähnliche Tendenzen wurden in Berlin-Prenzlauer Berg festgestellt (41 Wahllokale = etwa ein Drittel):

	abgegebene Stimmen	Ungültige Stimmen	Stimmen für den Wahlvorschlag	Stimmen gegen den Wahlvorschlag
Laut Bekanntgabe der Wahlvorstände:	23 482	37	20 786	2 659

Die Veröffentlichung des endgültigen Wahlergebnisses in der Presse vom 10.5.89 zeigt folgende Ergebnisse:

Laut "ND":	107 739	127	105 614	1 998

Es ergibt sich folgende schwerwiegende Differenz:
In nur einem Drittel der Wahllokale wurden 661 Stimmen mehr gegen den Wahlvorschlag festgestellt, als für den gesamten Prenzlauer Berg in der Presse veröffentlicht wurden.

Hinzu kommen folgende Verstöße gegen das Wahlgesetz der DDR:

§ 30, Abs.1: Die Wahllokale wurden insgesamt nicht öffentlich bekanntgegeben.
§ 37, Abs.1: Die Öffentlichkeit wurde in mehren Fällen von der Auszählung ausgeschlossen.
§ 37, Abs.2: Die Kontrolle der abgegebenen Stimmen anhand der Wählerliste und der vorhandenen Wahlscheine wurde weitestgehend unterlassen.
§ 38, Abs.2: Es erfolgte teilweise keine korrekte Auszählung und Differenzierung der abgegebenen Stimmen.

Im Wahlgesetz ist in keiner Weise definiert, wie die unterschiedlichen Stimmen zu werten sind. Nach § 38, Abs.2, obliegt diese Entscheidung dem Wahlvorstand. Die Erfahrungen der diesjährigen Wahlen zeigen, daß der Auszählungsmodus der Willkür der Wahlvorstände überlassen bleibt. Das bestehende Wahlgesetz schließt eine eindeutige Stimmauszählung aus.

Darum fordern wir Sie auf, gemäß Wahlgesetz § 43, Abs.1, gegen die Gültigkeit der Wahl vom 7.5.1989 in Berlin bei der zuständigen Volksvertretung Einspruch einzulegen.

Letzte Nachricht:
Wie wir soeben erfahren, wurden 2 Mitglieder der Berliner Koordinierungsgruppe Wahlen, die unter anderem auch Anzeige wegen Wahlfälschung gemacht haben, Katharina Hartung und Norbert Burczyk, am 29.5. um 9 Uhr von ihren Arbeitsstellen abgeholt und in die Rathäuser Pankow und Köpenick gebracht. Dort wurden sie gleichlautend vor das Ultimatum gestellt, entweder bis 24 Uhr auszureisen oder ein Ermittlungsverfahren in Kauf zu nehmen. Norbert Burczyk wurden bei dieser Gelegenheit die Handschellen vorgehalten. Beide haben keinen Ausreiseantrag. Ihnen wurde ein ausgefülltes Formular zur "Entlassung aus der Staatsbürgerschaft" der DDR vorgelegt.Bei lehnten das Ansinnen ab.

Am 30. Mai gegen 11 Uhr wurde Katharina Hartung erneut zugeführt. Schon 13 Uhr befand sie sich in Westberlin. Norbert Burczyk hält sich versteckt. a.b.

Flugblätter zum Tschernobyl-Tag in Stendal

Am 25.April, dem 3. Jahrestag der Reaktorkatastrophe in Tschernobyl wurden vor der Baustelle des AKW Stendal um 6 Uhr an die Arbeier der Frühschicht Handzettel verteilt. Gefordert wurde die Einstellung des Baus. Die Verteiler wurden von der Polizei festgenommen. Es handelt sich um um Erika Drees aus Stendal, Harald Junge aus Quedlinburg, Christina Schulz aus Schwerin und Bernd Böttcher aus Leitzkau. Im Verlauf von 24 Stunden wurden sie entlassen.

Editorial

Diesmal gibt es zwei verschiedene Ausgaben der "Umweltblätter", die erste hat etwa 35 Seiten, bei der zweiten, die später kommt, sind noch etwa 20 Seiten "Diskussion" und "Dokumentation" eingefügt. Warum? Es gibt in diesem Ländlein seit 2 Monaten kein Papier, für den Bevölkerungsbedarf ohnehin nicht, den Betrieben wurde die Hälfte des Kontingents gekürzt. Und dies in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts und in Mitteleuropa. Aber die offiziellen Broschüren und Zeitungen bleiben vom Papiermangel unbenommen. Das Zeug liest zwar niemand, aber es ist eben "gesellschaftlich notwendig".
Wegen dieser Klemme erscheinen wir auch wieder mal so spät. Wir mußten kratzen, betteln und mit dem unterschiedlichsten und z.T. sehr schlechtem Papier drucken. Deshalb auch schlechte Druckqualität. Falls einer von Euch eine Papierquelle hat, gebt uns bitte Nachricht.

… gegen Besucher einer Veranstaltung in der Elisabeth-Kirche

Am April fand in den Räumen der Kirche von Unten Berlin, in der Berliner Invalidenstraße ein Solidaritätskonzert für die in Isolationshaft lebenden Gefangenen der RAF in der BRD statt. Nach Abschluß der Veranstaltung kam es zu einem unfreiwilligen Zusammenstoß mit der Polizei. Drei sonst unbekannte Gäste der Veranstaltung liefen am P-Revier Ecke Invalidenstraße/Brunnenstraße vorbei. Einer der drei stieß versehentlich eine Fensterscheibe des VP-Revier ein. Wie wir aus Augenzeugenbereichten wissen, befanden sich zu dieser Anzahl im Revier eine nie gesehene Anzahl von Polizisten, zum Teil mit südlichem Dialekt und offenbar in größter Erregung. Augenblicklich wurden die drei Gäste festgenommen, dazu eine Anzahl anderer völlig unbeteiligter Passanten. Näheres aus einem Augenzeugenbericht:

Gedächtnisprotokoll über Zuführung durch das VP-Revier 12

Nach dem Besuch einer Veranstaltung in der Berliner Elisabethgemeinde, welche ich ca. gegen 23.30 Uhr verließ, bemerkte ich vor dem VP-Revier 12 in der Invalidenstraße, daß VP-Angehörige auf brutale Weise Besucher derselben Veranstaltung zusammenschlugen und mißhandelten.

Hierbei kam es auch zum Einsatz von Hunden, welche auf Flüchtende gehetzt wurden. Mich machte die Vorgehensweise der Polizei emotional stark betroffen und ich erkundigte mich bei einem abseits stehenden Polizisten nach der Rechtlichkeit und den Gründen einer solchen Vorgehensweise Hierauf erhielt ich nach der ersten Frage keine Antwort, sodaß ich meine Frage wiederholen mußte. Daraufhin wurde ich von dem Befragten und einem weiteren Polizeiangehörigen an den Haaren und den Armen gegriffen und in die Wache geschleift. Ich muß hier hinzusetzen, daß bei dem von mir gefragten VP-Angehörigen zwei weitere Personen standen, welche auf Grund ihrer äußeren Erscheinung Skinheads waren und die gezielt auf Teilnehmer der Veranstaltung zeigten und diese wurden dann von der VP aus der Menschenansammlung herausgegriffen.

Es kam dann zur Zuführung von acht Personen (drei Mädchen und fünf Jungen), welche mir aber namentlich nicht bekannt sind.

Wir mußten dann ca. 1 Stunde in der sogenannten "Fliegerstellung" an der Wand stehen. Hier kam es dann wiederholt zu Übergriffen der VP. Wir wurden dann getrennt auf zwei Mannschaftswagen verladen und zum VP-Revier Mitte in der Keibelstraße gefahren.

Hier wurden wir in einen großen Raum gebracht; ein anderer Teil der Zugeführten, welcher sich nach den Angaben des Einsatzleiters "renitent" zeigte, mußte im Flur mit dem Gesicht zur Wand stehend warten. Nach dem Grund meiner Zuführung befragt, schlug mir ein Polizist mit dem Gummiknüppel ins Genick. In ähnlichem Stil verfuhr man mit den anderen Zugeführten. In mir kamen dann Bilder hoch, welche ich mit den Folterkellern der SA verglich und ich äußerte dies auch. Daraufhin wurden die ohnehin beträchtlich gereizten und nervösen Polizisten noch brutaler. Mir wurde ein Knie in den Magen gestoßen, woraufhin ich auf den Boden fiel, dann trat man mich mehrfach mit den Füßen. Ich mußte dann meine Schnürsenkel aus den Schuhen entfernen und fragte weshalb. Auch auf diese Frage erhielt ich Schläge.

Gegen 2.00 Uhr wurden wir in ein Krankenhaus zur Blutentnahme gebracht. Ich weigerte mich dort gegen die Blutentnahme. Hierauf erfolgten dann wiederum brutale Übergriffe

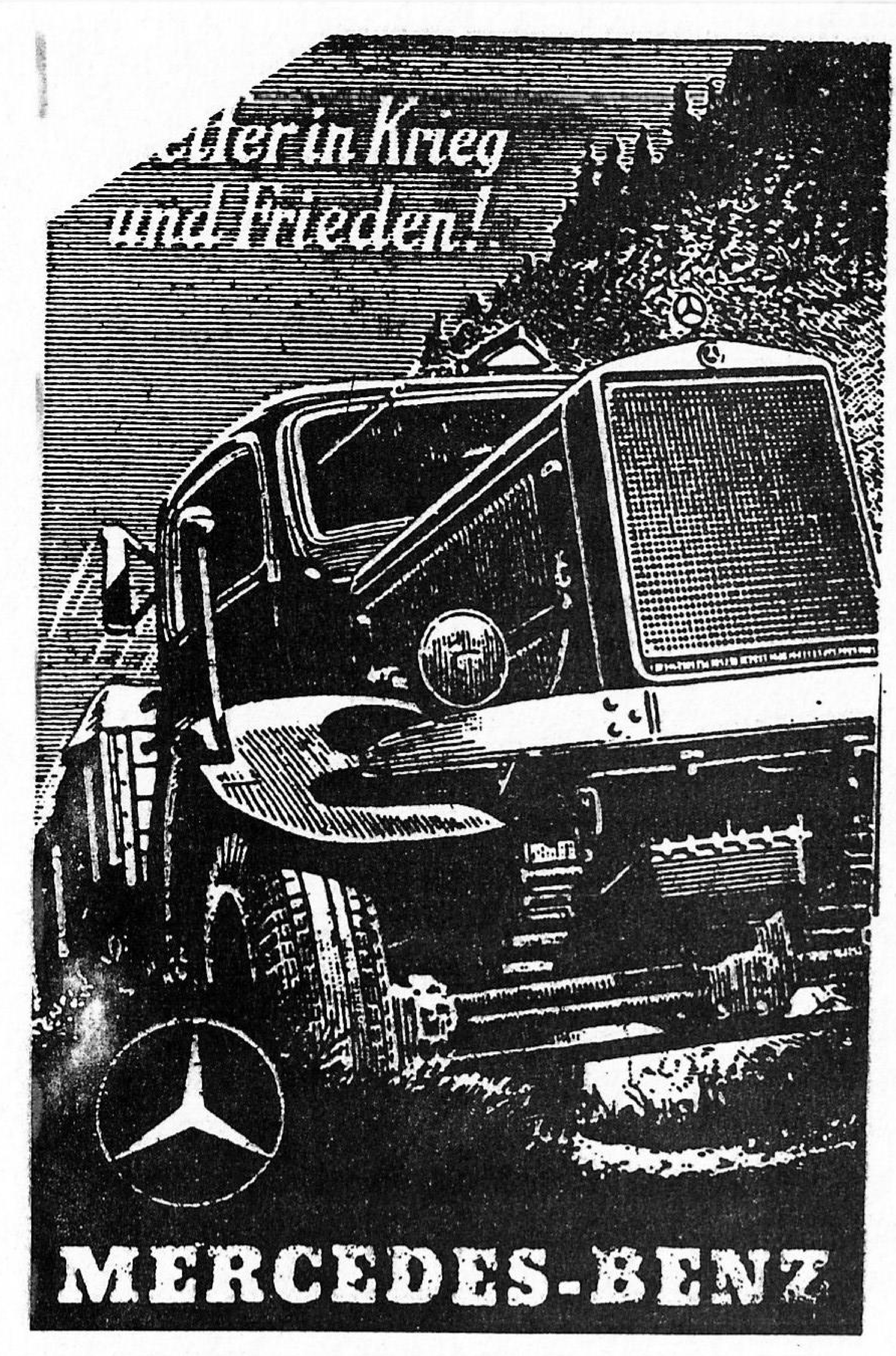
In der Keibelstraße wurde ich dann zur ED-Behandlung (erkennungsdienstl.) gebracht. Ich erklärte mich auch hiermit nicht einverstanden; man sagte mir, gegen mich läge der Verdacht einer Straftat vor und dies wäre notwendig. Bei dieser Behandlung zeigte ich mich nicht kooperativ und diese Behandlung gelang ihnen nur unter Gewaltanwendung.
Ich hatte die gesamte Zeit den Eindruck, welcher sich auch durch die Vorgehensweise bestätigte, daß man diesen Leuten hilflos ausgeliefert ist und sie an uns ihren gesamten Frust abreagieren konnten. Ich bemerkte auch in Unterhaltungen zwischen den Polizisten, daß diese sich gegenseitig ihr Verhalten als gut und richtig darstellten, sich also in ihrer Brutalität bestärkten.

Gegen 3.30 Uhr wurde ich dann durch einen Oberleutnant der Kripo befragt. Von dieser Befragung wurde ein Protokoll angefertigt, welches ich unterschrieb, In diesem Protokoll schilderte ich, weshalb ich mich in die Arbeit der VP eingemischt hätte, so der Tatvorwurf.

Daraufhin wurde ich in Handschellen in eine Zelle gebracht, in dieser Zelle war ich dann ununterbrochen bis zum 23.4., 14.30 Uhr untergebracht. Mir wurde dann mitgeteilt, daß gegen drei der Zugeführten ein Ermittlungsverfahren eingeleitet werde und gegen mich ein Ordnungsstrafverfahren wegen Verstoß gegen § 4 Abs. 1 Ziffer 3 OWVO. Die Begründung war, ich hätte die öffentliche Ordnung und Sicherheit gestört, indem ich VP-Maßnahmen beeinträchtigt hätte. Entlassen wurde ich gegen 15.30 Uhr.

Jörg Wilker, 5300 Weimar, Thomas-Müntzerstr. 18

Nachbemerkung: Nach 24 Stunden wurden alle Festgenommenen außer den bewußten drei ersten entlassen. Für die drei Verbliebenen, die sich in U-Haft befanden, intervenierte auf Drängen der Gruppe Kirche von Unten die Berlin-Brandenburger Kirchenleitung beim Staatssekretariat für Kirchenfragen. Nach einer Woche wurden auch die drei entlassen. Die Bestrafung der für den Polizeiüberfall Verantwortlichen war nicht mal ein Diskussionspunkt.



EIN STERN GEHT AUF

»Ist das Monopol einmal zustande gekommen und schaltet und waltet es mit Milliarden, so durchdringt es mit absoluter Unvermeidlichkeit a l l e Gebiete des öffentlichen Lebens, ganz unabhängig von der politischen Struktur und beliebigen anderen 'Details'.«

W.I. Lenin: Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, 1916

Worum geht es?

Anfang Juli 1989 findet in West-Berlin die Hauptaktionärsversammlung des Daimler-Benz-Konzerns statt. Nach den Aktionen gegen die IWF/Weltbank-Tagung im letzten Jahr wird diese Versammlung der Schwerpunkt der Internationalismus-Bewegung in diesem Jahr sein. Es wird darum gehen, die Praktiken dieses Konzerns — von der gnadenlosen Ausbeutung von ZwangsarbeiterInnen im Faschismus bis zum aktuellen Engagement in Südafrika — aufzuzeigen und zu problematisieren, daß die BRD im Jahr des 50. Jahrestages des faschistischen Überfalls auf Polen mit Daimler-Benz wieder den größten Rüstungskonzern Europas stellt. Dieser Artikel soll helfen, einen Einstieg in die notwendige Diskussion zu finden.

Die Anfänge

Die Daimler-Benz AG ging aus der Fusion zweier Firmen im Jahr 1926 hervor, der Daimler Motoren-Gesellschaft Stuttgart und der Benz & Cie. Rheinische Gasmotorenfabrik Mannheim. Drahtzieherin der Aktion war die Deutsche Bank, die — mit dem Konzern eng verflochten — seitdem die strategischen Ziele formuliert. Schon damals ging es darum, Daimler-Benz als Mischkonzern der Motoren- und Kraftfahrzeugindustrie aufzubauen. Die Strategie hieß, bei gutlaufenden Pkw-Geschäften die Kraftfahrzeugindustrie auszubauen, während bei konjunktuellen Rückschlägen auf Rüstungsproduktion gesetzt wurde. Durch den Aufbau einer militärisch-kommerziellen Mischproduktion entwickelte Daimler-Benz für beide Bereiche die notwendigen Kapazitäten, die eng miteinander verzahnt waren. Eine ähnliche Strategie ist heute wieder zu beobachten.

Daimler-Benz im Faschismus

Die Politik der Faschisten paßte dem Rüstungskonzern Daimler-Benz natürlich prächtig, insbesondere nach der gerade mühsam überstandenen Weltwirtschaftskrise und dem damit verbundenen Zusammenbruch der Kraftfahrzeugkonjunktur. Schon 1931 unterstützte Daimler-Benz die Faschisten durch umfangreiche Zeitungsanzeigen; den SA-Schlägertrupps wurden Fahrzeuge zur Verfügung gestellt.

Der »nationalsozialistische Musterbetrieb« (so die Bezeichnung) profitierte früh und beispiellos von Hochrüstung und Kriegsproduktion.

In den »Untersuchungsergebnissen der Militärregierung der Vereinigten Staaten für Deutschland (OMGUS)« über die Tätigkeit der Deutschen Bank wird über Daimler-Benz gesagt: »In Friedenszeiten ein Hersteller von Automobilen, Lastwagen und Motoren, nahm die Gesellschaft 1935 die Produktion von Flugzeugmotoren auf ... In den folgenden Jahren beschränkte sich die Produktion fast ausschließlich auf die Aufträge der deutschen Wehrmacht. Seit dem Jahr 1937 stellt die Daimler AG Panzer her. Das Unternehmen war vollständig mit Aufträgen für die Streitkräfte ausgelastet.«

Auch die faschistische Vernichtungsstrategie gegenüber Juden, politischen Gegnern und Kriegsgefangenen machte sich der Konzern zu Nutzen: 1944 waren über 46.000 ZwangsarbeiterInnen bei Daimler beschäftigt — die Hälfte der Gesamtbelegschaft. Insgesamt standen dem Konzern 123 Lager zur Verfügung, aus denen er Arbeitskräfte »anfordern« konnte.

Die Vernichtung durch Arbeit zahlte sich aus: Während des Faschismus wurden die Umsätze verzehnfacht, die Gewinne verzwölffacht und die Eigenkapitalbasis vervierfacht.

... und danach

Nach dem Krieg profitierte Daimler durch eine nicht stattgefundenen Entnazifizierung und der Restauration kapitalistischer Ausbeutungsverhältnisse in der BRD. Die Schuld des Konzerns am und im Faschismus blieb ungesühnt. Wie viele andere überstand auch Daimler unbeschadet den Übergang vom Faschismus zur »Demokratie«. Mit der Wiederbewaffnung der BRD ab 1955 macht der Konzern auch wieder Profite mit der Rüstungsindustrie. Schon drei Jahre zuvor, 1952, stieg Daimler mit einem Auftrag für Panzermotoren aus der Schweiz in das große Geschäft ein.

Heute ist der Konzern führend bei der äußeren und inneren Bewaffnung der BRD.

Daimler in Südafrika

Daimler-Benz beschäftigt im Ausland über 40.000 Menschen (ohne AEG und MBB), und dies fast ausschließlich in der Nutzfahrzeugproduktion. Dabei arbeitet der Konzern in der ganzen Welt mit Militär-Diktaturen und Faschisten zusammen (z.B. Türkei, Südkorea, Brasilien, Argentinien, Iran usw.)

Auch mit dem Rassisten-Regime in Südafrika macht Daimler seine Geschäft — seit über 20 Jahren.

Mercedes Benz of South Africa (MBSA) hat ein Produktionswerk in East London und beschäftigt 4.600 ArbeiterInnen, mehr als 70 Prozent davon sind Schwarze. 1984 machte MBSA einen Umsatz von 872 Mio Rand. Darüber hinaus besitzt Daimler-Benz 12,5 Prozent Anteile an der »Atlantic Diesel Engine Ltd.« (ADE) Die ADE stellt schwere Motoren für Nutzfahrzeuge und Panzer her, sie besitzt ein gesetzlich geregeltes Monopol dafür. Die Lizenzen zum Motorbau stammen von Daimler-Benz.

Daimler-Benz profitiert — wie viele andere bundesdeutsche Firmen auch — von der Ausbeutung der ArbeiterInnen in Südafrika und trägt auf seine Art und Weise zur Unterdrückung der Belegschaft bei:
Im September 1987 wurden in der Folge eines Arbeitskampfes, in dessen Verlauf die MetallarbeiterInnen-Gewerkschaft Numsa u.a. einen Mindestlohn von umgerechnet 4,50 DM forderte, bei MBSA als Reaktion 60 Prozent der Belegschaft entlassen (etwa 2.800 Menschen). Wenige Tage später erfolgte zwar die Wiedereinstellung, diejenigen aber, die politisch nicht »sauber« waren, wurden ausselektiert. Dahinter steckt eine Strategie, die MBSA zusammen mit der Rassistenpolizei verfolgt:
Einschüchterung der kämpfenden ArbeiterInnen und Zerschlagung des Widerstands durch Entzug der Existenzgrundlage (sprich: Entlassung); hinterher eine selektive Wiedereinstellungspraxis, um die AktivistInnen auszuschalten.
Ansonsten sei noch gesagt, daß Daimler-Benz das Rassisten-Regime durch umfangreiche Lieferungen an Armee und Polizei unterstützt.
So wurden z.B. 150 Zugmaschinen für Panzertransporte und mehrere tausend Militärunimogs geliefert; außerdem Motoren für Flugzeuge, Schnellboote und Minensuchboote.



Der Panzer Leopard 2 von MBB

Daimler-Benz heute — ein europäischer Rüstungskonzern

1985 bzw. 1986 schluckte Daimler die Motoren- und Turbinenunion GmbH (MTU), die Dornier GmbH sowie die AEG. Als vorerst letzter großer Brocken ist jetzt Messerschmitt-Bölkow-Blohm (MBB) an der Reihe. Bei allen diesen Erwerbungen handelt es sich um Unternehmen aus dem Hochtechnolgie- und Rüstungsbereich (Rüstungsanteil am Gesamtumsatz: AEG 20, Dornier 51, MTU 52 und MBB 56 %).

Damit ist Daimler-Benz zum größten Rüstungskonzern Europas geworden. Aber warum? Vertraut der Daimler-Vorstand nicht mehr der Attraktivität seiner Nobel-Karossen? Die Ursache für diese Entwicklung ist darin zu sehen, daß Mitte der neunziger Jahre mit einer großen Krise im Automobilbau zu rechen ist. Und wenn der private Verbrauch nicht mehr soviel hergibt, holt man sich die Knete eben aus den Töpfen des Verteidigungs-, Forschungs- und Wirtschaftsministeriums — also vom Steuerzahler.
Und die Forschungs- und Entwicklungsprojekte, die vom Staat finanziert werden, werfen vielleicht sogar Ergebnisse für zivile Produkte ab, wodurch der Technologie-Vorsprung zur Konkurrenz sichergestellt wird.
Eines ist jedenfalls klar:
Der neue Daimler-Benz-Konzern vereint ein Umsatzvolumen von 73 Mrd DM auf sich und beschäftigt 365.000 ArbeiterInnen.
Der Rüstungsumsatz wird dabei ca. 8 Mrd DM betragen — das sind zwei Fünftel des gesamten Rüstungsmarktes — und eröffnet die Aussicht auf 60 Prozent aller Beschaffungen der Bundeswehr. Außerdem werden rund 70 Prozent aller Entwicklungsaufträge im Rahmen des Rüstungsetats auf den neuen Daimler-Konzern entfallen.



Der Wasserwerfer 9000 in Brokdorf 1981

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß es die demokratischen Kräfte in diesem Land in Zukunft mit einem Rüstungsmoloch zu tun haben werden, der auf Grund seiner riesigen Macht seine Interessen auch europaweit durchsetzen wird. Über die Chancen konventioneller Abrüstung und die Zielländer für Rüstungsexporte wird sein Vorstand entscheiden.
Also: bereiten wir diesen mächtigen Herren einen angemessenen Empfang, wenn sie im Juli am ICC vorfahren!
Gegen die Initiatoren und Profiteure von Faschismus und Krieg!

Holger Thärichen

REUTERHOF informiert :

wir laden ein zu einem neuen hoffest.
die beiden ersten (pfingstsontag für hausbewohner , pfingstmontag für alle
waren der auftakt zum aufbau einer hausgemeinschaft, die auch zu pol.
handlungsfähigkeit führen kann.
die idee entstand durch erfahrungen und auseinandersetzungen während
des hungerstreiks, der hausbesetzungen der letzten monate ,des wahler'-
gebnisses;über die perspektiven autonomen pol. verhaltens, bes. der
diskussionen um den 1. mai .
die schreie nach neuen möglichkeiten autonome vorstellungen zu diskutie-
ren, sich dabei nicht verstecken zu müssen, mehr öffentliche arbeit, raus
aus den verfahrenen kisten =neue erfahrungen mit möglichst vielen .....
den repressionsapparat des staates zu unterlaufen, handlungsfähiger zu
werden ... .
über die idee zu unserem versuch könnt ihr in der interim nr. 52 lesen.
daraus jetzt nur ein zitat:"die menschen kämpfen sicher auch GEGEN alles
mögliche, doch gibt es zu wenig WOFÜR zu kämpfen es sich lohnt. wenn wir
etwas aufbauen können, dass sich durch andere, als die offiziellen inhal-
te auszeichnet, etwas was von den leuten selbst kommt, an ihre bedürfnisse
die sie selbst erarbeiten anknüpft, erlebbar macht, daß sie nicht ohnmächtig
über sich entscheiden lassen müssen, sondern selbst ihr leben organisieren
können .... dann ist der ansatz für widerstand da :der existentielle
wunsch nach grundlegenden veränderungen . " und dass diese veränderungen
nicht von politikern zu erwarten sind, kann u.a. die erfahrung zeigen, wenn
forderungen an die regierenden getragen werden, immer provokantere, so
dass selbst ein blinder mit dem krückstock erkennen kann, wessen interessen-
vertretung dieses system dient. an der stelle möchte ich gleich ein miß-
verständnis aus dem weg räumen, das durch den letzten text entstand.
nämlich die formulierung" wir kämpfen nicht gegen den senat sondern wollen
seine finanzielle unterstützung". das ist im o.g. sinne zu verstehen und
heißt bloß, dass es scheiße ist vordergründig vor allem gegen den senat zu kämpfen.
seine funktion entlarven durch konkrete forderungen, die an unseren inter-
essen gemessen sind , ist gemeint. doch anderes ist im moment wichtiger.
erstmal durch die verschiedenen vorstellungen und erfahrungen des lebens
hier, sich durchzukämfen UM gemeinsame interessen formuleren zu können
ist zur zeit das wichtigste. für selbstbestimmung zu kämpfen ist das ziel.
doch dafür müssen wir erstmal rauskriegen was das für uns heißen kann.
es ist schwierig, dies in einem haus zu versuchen wo 80 unterschiedliche leute
unter miesen bedingungen leben, noch dazu verschiedener nationalitäten, leute
die kaum deutsch sprechen . wo bleibt die organisierung in den "normalen"
häusern? hier wo die vereinzelungsstrategie, die isolation, die fremdbestimmu

durch springer-und so ähnliche medien die existenziellen sozialen bedürfnisse der menschen in konsumverhalten umzuMÜNZEN versuchen... . wo bleibt da die radikalisierung ? wir überlassen diesen riesig wichtigen raum den schädlingen!?

seit pfingsten nun hat sich in diesem haus eine feste gruppe von bewohner/inn/en gebildet. die idee von kollektivem leben als reale chance,als beginn des versuchs widerstand zu leisten hat beine gekriegt. wir treffen uns bei schönem wetter im hofessen ,reden zusammen über alles und schmieden pläne. die idee einen verein zu gründen kam schon...!der hof ist kommunikationsort. auch deswegen, weil hier fast nur winzige wohnungen existieren.

einen namen haben wir schon "autonome fest ag reuterhof". wir finanzieren uns durch hoffeste, erstmal,geplant ist ein kiezcafe im hof. gemeinsam wollen wir eine antimilitaristische stadtrundfahrt machen, uns gemeinsam 'ne waschmaschine anschaffen, weil in den wohnräumen zu wenig platz ist,weil wir kein geld haben und überhaupt macht es mehr spaß zusammen... .getragen werden diese initiativen vorallem' von frauen(so isses auch gut, richtig und wichtig und perspektivisch.) mitwochs ist immer zeichnen und malen für kinder im hof.

beim fest zeigten auch leute aus der umgebung interesse. kiezarbeit, vor allem antifa, ~~wäre~~ ist in neukölln ~~auch~~ sehr wichtig. wir suchen die zus.-arbeit mit dem stadtteilladen lunte zu intensivieren, und kontakte zu leuten die in diesem kiez was machen oder machen wollen und zu welchen die schon in anderen stadtteilen erfahrungen haben.von reformist. unternehmen wollen wir nicht so viel. spenden sind willkommen, de wir haben große pläne, auf die dauer!verraten wir aber erst wenn es soweit ist.

die wichtigste erfahrung ist mittlerweile die:schaff' einen raum, wo die leute(sämtlicher sozialer couleur) sich treffen können und du brauchst keine pol. disk. zu initiiren, sie entstehen von allein(die rev. 1. mai demo ging dirch unsre strasse, gegenüber penny undspielhöl: die es erwischt hat). und frag' die leute nach ihrer meinung, diskutie: und du wirst staunen wie wenig aufklärung nötig ist. es braucht keine "avantgarde". die leute sind nicht "unmündig",sie werden so dargestell an der stelle ist linke politik echt zu hinterfragen, und-prolos und "arbeiter" sind nur ein teil der berliner bevölkerung!!!

die organisierung auf der arbeit ist sicher wichtig. aber der"private" bereich ebenso, den der weitet sich.das "private" gibt es nur innerhalb bürgerlicher ideologie. darum gilt es, es zu kollektivem und bewußt emanzipatorischem undgesellschaftl. zu machen. nicht reinfallen und bürgerl. normen reproduzieren, sondern eigene strukturen entstehen zu lassen, die nötwendig im antagonismus zu HERRschaft stehen.in "unserem" haus sind wir alle erstmal mieter , egal welche tätigkeit sonst so da ist und daraus eine tätigkeit zu entwickeln schafft schon realitäten, die nicht nur subjektiver natur sind.es schafft objektive interessengemein: schaft. darein informationen zu bringen an die die leute sonst nicht kommen, linksradikale literatur und so.. dafür gibt es eine "leseecke" im hof. und das fest hat gezeigt, das die leute eher diskutieren wollten, denn feiern. und die interim über den ersten mai war weg und das bremer bi- info zur perfektionierung der bürgerüberwachung und clockwork... . und leute aus der kneipe nebenan kamen und fanden es besser bei gesprächen und an frischer luft ihr bier zu trinken, als in der kneipe, wo sie alle schon kennen... .die stadtreinigung boykottiert uns schon, weil ihnen unser gemeinsam gemaltes hoftranspi "solidarität ist eine waffe" nicht gefällt.

die bitte zum schluß: helft uns indem ihr zum fest kommt und gebt uns anregungen oder kommt bei schönem wetter einfach vorbei.

mittwochs von 16 uhr 3o bis 18 uhr 3o ist immer jemand da.

für's fest suchen wir noch walzermusik und lustige sachen, haben wir den älteren leuten im haus versprochen, denen gefiel die musik beim letzten mal nicht and so on...

(die revolution zu einem fest machen----ist weit-aber der gedanke trägt...)

i. a. v. frank
hof part. REUTERSTR.68/69 in 44
(da ist auch der REUTERHOF)

p.s. einige waren auch in der marianne, nachmittags,von uns. wir fanden es toll und finden wir noch . marianne bleibt !!

---

plakate und genaues fest PROGRAMM folgen in der next interim,wenn wir durch die"zensur" kommen. also, macht doch am 23. 6. ab 16UHR vom fest auf dem görli mal 'nen abstecher zu uns-is nicht weit! U-hermannp. unser fest geht nur bis um ca(höchstens)~~bis~~22 uhr,!
~~(u-bhn-herrmanplatz)~~====================================

LESERINNENBRIEFE

Leserinnenbrief zur INTERIM Nr 54/25 Mai 89

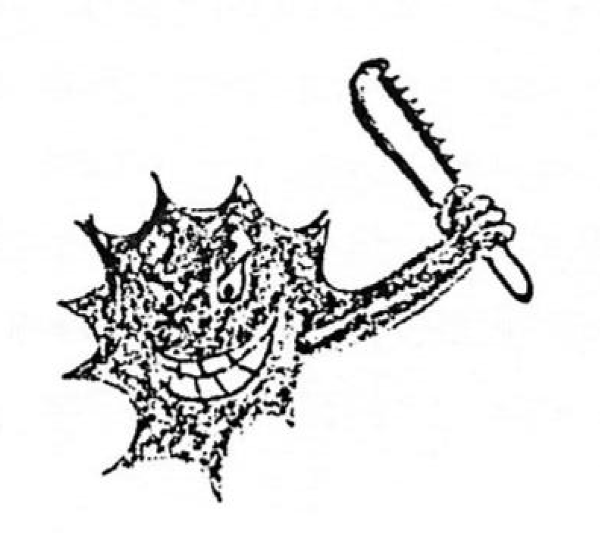
Ich beziehe mich auf das Vorwort und dort auf eu're Bemerkung bezüglich der WAA- Demo am 3.6.
Offenbar habt Ihr außer dem Aufruf zur Demo nicht viel gelesen; in dem nachfolgenden Artikel wird nämlich sehr deutlich, daß mit der Auslagerung der Wiederaufarbeitung nach Frankreich noch lange kein Erfolg erzielt wurde, sondern das eigentliche Ziel einer solchen WAA, nämlich die Gewinnung von waffenfähigem Plutonium lediglich eine "europäische Dimension" erhält und die deutschen Atomwaffenambitionen leicht modifiziert mit Frankreich zusammen vorangetrieben werden.
Aber ich will jetzt nicht noch einmal die im erwähnten Artikel ausgeführten Tatsachen wiederholen und euch stattdessen empfehlen, ihn doch erst einmal zu LESEN !!!

....

Ich freue mich, daß ihr das nachgeholt habt und nehme an, daß euch nicht entgangen ist, daß es garnicht nötigi ist, "nach La Hague und Sellafield zu mobilisieren" (Zitat Ende) weil am Rande Berlins (zugegeben weit, weit weg von Kreuzberg) das Hahn-Meitner-Institut seit Jahrzehnten in militärische Forschung verwickelt ist und in Karlsruhe (NOCH weiter weg von Kreuzberg) bereits eine WAA am Laufen ist.
Anstatt also die " westeuropäische Dimension der Wiederaufarbeitung" in Frankreich und England " anzugreifen" wie ihr so nett fordert, wäre es vielleicht weniger utopisch , mal vor der eigenen Haustür zu kehren.
Im übrigen halte ich es für eine bedauerliche, wennauch erfahrungsgemäß typisch autonome Herangehensweise, ständig über das Ziel hinauszuschießen und den dritten Schritt vor dem ersten und zweiten im Kopf zu haben. Da kann mensch allzuleicht ins Stolpern geraten...

Eine AKW-Gegnerin aus dem

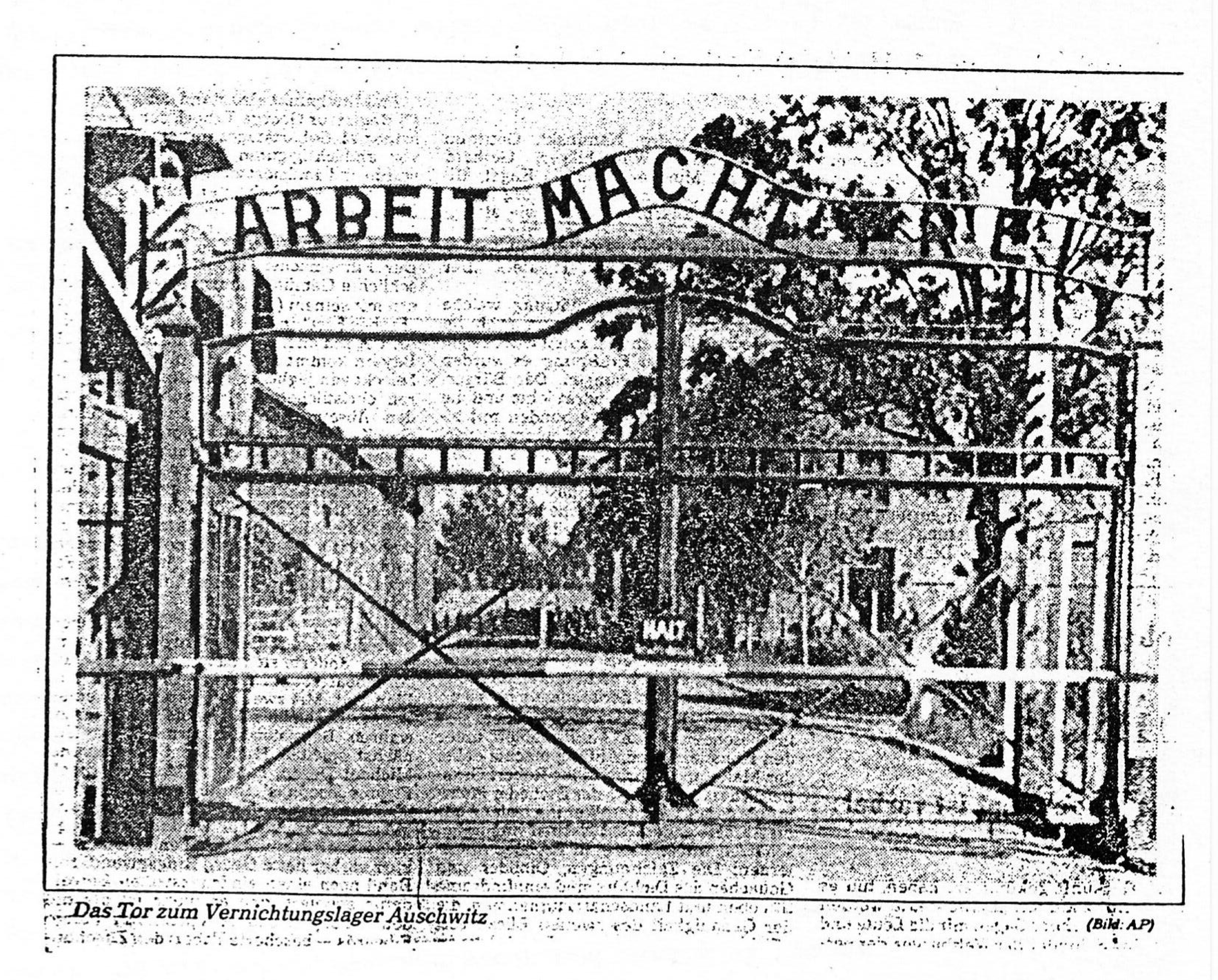
ANTI-ATOMBÜRO
KURFÜRSTENSTR! 14
1 Berlin 30
Tel.: 2616252
Montag und Mittwoch 17-19 Uhr



Betrifft den Artikel "Vom Riot zur Revolution"

Zitat: "Die ambivalenten selbsthilfeprojekte mit ihrer "arbeit macht frei" ideologie..."

Herkunft:



Das Tor zum Vernichtungslager Auschwitz (Bild: AP)

Kommentar: Es genügt nicht keine Gedanken zu haben,
man muß auch unfähig sein, sie auszudrücken.

Ein Leser

UNS REICHT ES NOCH LANGE NICHT

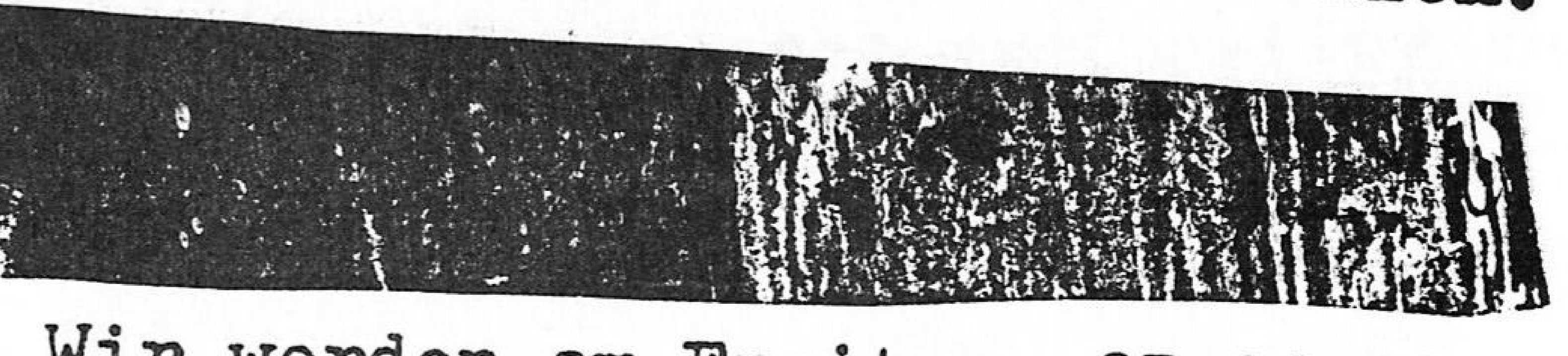
Der Hungerstreik der Gefangenen aus **Widerstand** und **RAF** ist beendet, ohne daß ihre Forderungen durchgesetzt werden konnten. Zwei kurdische Gefangene befinden sich immer noch im Hungerstreik. Die Frauen in Plötzensee haben in ihrem Streik die Voraussetzung geschaffen, sich außerhalb von Zwangsgruppen und Zwangsarbeit zu treffen und gemeinsam den Knast weiter aufzumachen. **Auch** in Tegel haben Hunderte angefangen, sich zu wehren und versuchen bessere Bedingungen für sich zu erkämpfen.

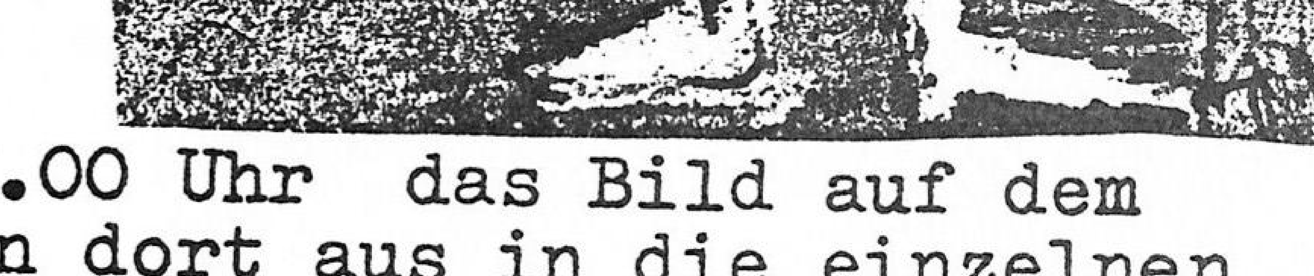
Wir hier draußen sind längst noch nicht genug, um den Forderungen der Gefangenen politischen Druck zu verleihen. Wir haben in den letzten Wochen die Forderung der Gefangenen aus Widerstand und RAF nach "freier Kommunikation mit allen gesellschaftlichen Gruppen" aufgegriffen, die auch in den anderen Streiks zumindest als freie Kommunikation unter den Gefangenen (Umschluß, langer Hofgang...) von zentraler Bedeutung war/ist.

Um den Anfang einer Kommunikation zu **machen**, haben wir Bilder gemalt, die wir in die **verschiedenem Knäste schicken** werden. Sie verstehen sich als ein großes Ganzes , obwohl sie nicht so konzipiert sind, daß sie ineinander übergehen. So transportiert das Bild für uns den Gedanken von einem Kollektiv, das sich aus vielen verschiedenen Individuen zusammensetzt, wodurch auch der Gedanke der Zusammenlegung deutlich werden söll. Gleichzeitig hat das Bild für uns einen Kommunikationswert an sich, und weiter ist es ein Anfang für eine verbale und/oder visuelle weiterführende Diskussion.



Wir werden weiter versuchen,Öffentlichkeit für die Forderungen und Kämpfe der Gefangenen herzustellen.





Wir werden am Freitag, 23.06.89 um 17.00 Uhr das Bild auf dem WINTERFELD-Platz zusammenlegen und von dort aus in die einzelnen Knäste (BRD,Berlin-W) schicken!

BETR.: SOMMER-FESTIVAL 23./24. JUNI

liebe freundInnen und genossInnen,

wir wollen euch kurz über den stand der vorbereitungen zum s o m m e r - f e s t i v a l auf dem görlitzer park informieren und euch noch einmal oder nun endlich herzlich zum mitmachen einladen.

die initiative "wir schulden kreuzberg noch ein fest (und uns natürlich auch)" stieß wie erwartet auf viel mißtrauen und kritik, aber auch begeisterung und unterstützung von gruppen und einzelnen aus dem "parteifreien spektrum". besonders haben wir uns auch über spontane zusagen von kulturgruppen bzw bands aus berlin und anderen europäischen städten gefreut.

der versuch h e r r s c h a f t s f r e i e kiezkultur und internationale s o l i d a r i t ä t zu entwickeln kann nicht von einer kleinen elite getragen werden. wir halten es deshalb und überhaupt für wichtig daß engagierte menschen aus allen möglichen gesellschaftlichen bereichen und zusammenhängen zusammenkommen. der kampf um eine menschliche welt (und gegen unsere eigene trägheit) kann nicht auf kosten dessen geführt werden, was uns spaß macht und zusammenbringt.

wir wollen raus aus dem engen "unser kiez"- denken. es geht um unsere erde und alles was darauf lebt. wir veranstalten das fest jetzt als parteifreies bündnis, weil parteien immer in der logik eines mehr oder weniger abgeschlossenen machtblocks funktionieren. wir wollen aber eine lebendige auseinandersetzung(zusammentanzung?). das ist bei den gesprächen und diskussionen immer wieder rübergekommen. als veranstalter haben sich der kinderbauernhof auf dem görlitzer, die ambulanten dienste, das umoja-center(afrikanischer kulturverein) und das frauenzentrum stresemannstr zur verfügung gestellt. getragen wird es von uns allen, ob wir in einer knastgruppe, in einem mieterverein oder in der anti-apartheidbewegung mitarbeiten.

der e r l ö s soll an opfer von polizei-gewalt gehen und auch zur behebung der schäden bei denen, die das lause-fest aktiv getragen haben und keine staatliche bzw. versicherungsmäßige entschädigung bekommen.

die zwei tage haben wir uns so vorgestellt, daß es ne gliederung gibt in einen tag der a l k f r e i läuft und ohne größere technische ausstattung(freitag, 23.6.) und einen tag an dem schwerpunktmäßig gruppen auftreten, die auf technische verstärkung angewiesen sind und wo auch b i e r (a b e r n u r v o n u n s!) verkauft wird (samstag 24.6.)

an beiden tagen könnt ihr euch mit ständen bzw sonstwie selbstdarstellungsmäßig bzw kulturell beteiligen.
von v e r k a u f s s t ä n d e n werden wir einen sOli-beitrag abkassieren. reine k o m m e r z - stände wollen wir gar n i c h t

für alle, die noch mitmachen wollen, bzw fragen haben gibts ein gemeinsames treffen vor ort am s a m s t a g, 1 7. 6. 1 6 u h r

t r e f f p u n k t: eingang görlitzer ecke lübbener straße
bei regen im "bar-gelb"

bis dann, euer fest-rat

TERMINE

TERMINE

21&23.00 Kino im KOB zeigt den Hafenstr.-Video

DO 15.5. 19.00 Miet- und Häuserkampf VV in der Nostizstr.49

FR 16.6. 19.00 Veranstaltung der Sozialistischen Arbeitsgruppe :CHINA: Studentenrevolte oder Arbeitermacht ?Ort: Blauer Salon im Mehringhof
21.00 FRAUEN Tanz mit MARIANNE in der Yorkstr.59 Hinterhaus
21.00 ANTIFA Soli CONCERT im Drugstore,Potze 180. Es spielen Rancidcrowd, Trubadix,Kybernatix,Beammeupscotty,...Wiedjos und Food,kost nix
20.00 Diskussionsveranstaltung:Prostitution,Frauenhandel,Frauenwiderstand **nur für Frauen** in der Fabrik Osloerstr.12 Wedding
19.00 Video Cry for Freedom in der Kurfürstenstr.37,dei SJV Karl Liebknecht

SA 17.5. **TAG DER DEUTSCHEN SCHEINHEILIGKEIT** Faschoaktionen an der Mauer ???
14.00 Rock gegen Rechts Spandau im Koeltzepark mit Camarillo,Lanadrid Exsleghs,Flakes und Redebeiträgen
21.00 Punk Partie auf dem Görlitzer
21.00 SFE Kiezdisco für Ferienreise der Kinder,Schüler und Jugengruppen
11.00-18.00 Blauersalon MH Unabhängigkeit für Namibia Arrangement mit Apartheitsstaat oder Triumph der befreiungsbewegung
16.00 Vorbereitungstreffen für Sommerfestival Görlitzer-Lübbenerstr. bei Regen im bar-gelb

SO 18.6. **ALLE JAHRE WIEDER MILITÄRPARADE** und Europawahl und AL-MVV
12.00 Kiezfrühstück Kohlfurterstr.46 im Garten,Thema: Wohnungspolitik im Stadtteil
Kiezküchen: 14.00 im Syndikat Weisestr.56
18.00 im Anfall Gneisenaustr.64
18.00 im A-Normal in der Willibald Alexis 17
20.00 Video im EX

Di 20.6. 9.00 Turmstr.91,Raum 504, Prozeß gegen 3 Leute wegen 14.12.85 Shultz
11.00 Turmstr.91 Raum 456 Unimut - Widerstand

Mi 21.6. 9.00 Turmstr. IWF Prozeß gegen Ute,Vorwurf : Beleidigung & Widerstand
19.00 Veranstaltung zu Europa 92 im Krümmel Weserstr.155

Do 22.6 21.00 Jura - Antirepressionsfete für Knast/Prozeßkosten, nicht nur für StudentInnen , in der Alten FU-Mensa ,Fabeckstr

Fr. 23.6. Görlitzer BHF Sommerfest 1.Tag
19.00 Film A world Apart bei der SJV Karl Liebknecht ,Kurfürstenstr.37
17.00 Bilder zur ZL in die Knäste schicken ,Wittenbergplatz (s.Flugi)

EL Locco

Ausstellung AUSSTELLUNG "Die Hälfte des Himmels" Frauenalltag in der Männerwelt - 114 Karikaturen und Zeichnungen

16. Fr.

Ausstellung — ERÖFFNUNG DER AUSSTELLUNG "Die Hälfte des Himmels" — 19.00
Frauenalltag in der Männerwelt - 114 Karikaturen und Zeichnungen zusammengetragen aus 23 Ländern der Welt
geoffnet Di-Sö von 16.00 bis 20.00 Uhr

GROSS video — zur Ausstellung-die Hälfte des Himmels — "7 Frauenvideos"
BRD 85, Bildwechsel Hamburg — 19.00

"Das kleine Videofest" — 21.00

16 mm kino — "JAZZ-COCKTAIL"
85 min. mit Gene Krupa, Benny Carter, Stan kenton, Duke Ellington, Nat King Cole, Lionel Hampton u.a. — 23.00

17. Sa.

GROSS video — zur Ausstellung-die Hälfte des Himmels — "Unbeschreiblich Weiblich"
ö 83, 60 min. Medienwerkstatt Wien
Der Film zeigt collagenartig verschiedene Aspekte "weiblichen" Lebens aus. — 17.00

16 mm kino — "JAZZ-COCKTAIL"
85 min. mit Gene Krupa, Benny Carter, Stan kenton, Duke Ellington, Nat King Cole, Lionel Hampton u.a. — 23.00

18. So.

GROSS video — zur Ausstellung-die Hälfte des Himmels — "Die Frauen von EL Planeta"
BRD 1984, 45 min. von M. Barea
Frauen kämpfen in Lima. — 17.00

GROSS video — "Die Dreigroschenoper"
DR 1931, 109 min. Regie G.W. Pabst und Berthold Brecht. — 21.00

20. Di.

GROSS video — zur Ausstellung-die Hälfte des Himmels — "Männerherrschaft unbekannt"
BRD 1979. 45 min. von Gordian Troeller und Claude Deffarge
Minangkabau-. — 17.00

GROSS video — "Noch führen die Wege an der Angst vorbei"
Ch 1988. 50 min. s/w Ein Film von Margit Bürer und Kirstin Wirthensonn
Ein Dokumentarspielfilm als Dokument der alltäglichen Frauenängste..und der Aufforderung sich die Bewegungsfreiheit wieder zurückzuerobern. — 19.00

GROSS video — "Das schwarze Orchester"
Bel 1987. essel Film, 78 min.. Farbe. Buch und Regie: Stephane Lejeune
Ein Film der die europäische Rechte ihre Wirkung und Verflechtung aufzeigt. — 21.00

21. Mi.

GROSS video — zur Ausstellung-die Hälfte des Himmels — "Unbeschreiblich Weiblich"
ö 83, 60 min. Medienwerkstatt Wien.Der Film zeigt collagenartig verschiedene Aspekte "weiblichen" Lebens aus.

16 mm kino — "ZAZIE in der Metro"
Fr 60. 90 min. Buch Malle/Rappenau nach dem Roman von Queneau
Die absurde Welt der Erwachsenen. gesehen mit den Augen eines grausam frühreifen Kindes in Paris — 19.00 und

16 mm kino — "Pequena Revancha-Kleine Revolte"
Venezuela, Farbe. 93 min. Buch Barrera/Antillano
Ein Film irgendwo in Lateinamerika- und die Revolte des 12 jährigen Pedro

22. Do

GROSS video — zur Ausstellung-die Hälfte des Himmels — "Die Frauen von EL Planeta"
BRD 1984, 45 min. von M. Barea
Frauen kämpfen in Lima.

16 mm kino — "Pequena Revancha-Kleine Revolte"
Venezuela, Farbe, 93 min. Buch Barrera/Antillano. — 19.00 und

16 mm kino — "ZAZIE in der Metro"
Fr 60, 90 min. Buch Malle/Rappenau nach dem Roman von Queneau,


Gewalt endet wo Liebe beginnt